

Wir schaffen Perspektiven!

Initiativen für eine Arbeitsmarktpolitik mit Zukunft





Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bürgertelefon

Montag bis Donnerstag 8-20 Uhr
Sie fragen – wir antworten!



Rente

030 221 911 001

Unfallversicherung/Ehrenamt

030 221 911 002

Arbeitsmarktpolitik und -förderung

030 221 911 003

Arbeitsrecht

030 221 911 004

Teilzeit/Altersteilzeit/Minijobs

030 221 911 005

Infos für behinderte Menschen

030 221 911 006

Europäischer Sozialfonds

030 221 911 007

Mitarbeiterkapitalbeteiligung

030 221 911 008

Bildungspaket

030 221 911 009

Gehörlosen/Hörgeschädigtenservice

E-Mail

info.gehoerlos@bmas.bund.de

Fax

030 221 911 017

Gebärdentelefon

gebaerdentelefon@sip.bmas.buergerservice-bund.de

Editorial	4
Thema	
Wir schaffen Perspektiven!	
Initiativen für eine	
Arbeitsmarktpolitik mit Zukunft	
Menschen neue Perspektiven geben	5
Erfolgsmodell steht auf der Kippe	6
Trotz rauem Wind auf Kurs	9
Ein Job nach Maß in der Weberei	11
„Gerechtigkeit organisieren“	13
„Menschen Erfahrungsräume bieten“	15
Q-Prints and Service macht Schule	17
Integration braucht gleiche Chancen	18
Mit dem Flugzeug in die Zukunft	20
Sozialpolitik	
Acht Euro mehr sind nicht genug	22
Arbeitsverbot für Asylbewerber abschaffen	22
Verfassungsgericht gesteht	
Flüchtlingen mehr Geld zu	22
Frauen und Kinder besser vor Gewalt schützen	23
Gesundheitsförderung muss	
gesetzlich verankert werden	24
Praxisgebühr reformieren	24
Salomon-Neumann-Medaille für	
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock	24
Zum Schulstart Geldsorgen	25
Armutsfeste Rente statt „Sozialhilfe plus“	25
Verbandsrundschau	
Bündnis Umfairteilen: 40.000 beim Aktionstag	25
Gemeinsam sind wir dran!	28
Günter Petry ist neuer Landesvorsitzender	
in Baden-Württemberg	29
Bessere Hilfen – weniger Zwang!	30
Verbandsrat bestätigt Vorstandsmitglieder	31
Rosenbrock im Präsidium des Deutschen Vereins	31
„Die soziale Arena Schule ist strapaziös“	32
Humanitäre Hilfe für Opfer	
des Syrien-Konflikts	33
was · wann · wo	34
hören & sehen Impressum	35



Foto: Ulrike Bauer



Foto: Barbara Helfrich



Foto: Ulrike Bauer



Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

arbeiten wir um zu leben, oder leben wir um zu arbeiten? Jeder muss diese Frage für sich selbst beantworten. Unbestritten jedoch ist, dass bezahlte Arbeit ein Eckpfeiler des Lebens in unserer Gesellschaft ist. Mit dem verdienten Geld bestreiten wir nicht nur unseren Lebensunterhalt, es ermöglicht uns zudem die Teilhabe an Kultur, Bildung und Geselligkeit. Arbeit versorgt uns aber auch immateriell, sie bringt uns Bestätigung und Selbstwertgefühl. Kurzum, ohne Arbeit oder Beschäftigung fehlt den meisten Menschen etwas in ihrem Leben.

Vor diesem Hintergrund ist der Umgang mit Arbeitslosigkeit in Deutschland schon bemerkenswert. Reflexartig wird langzeitarbeitslosen Menschen schnell Faulheit und Bequemlichkeit unterstellt. Der Staat müsse mehr von diesen Menschen fordern, sie hätten es sich zu bequem gemacht in der sozialen Hängematte. Völlig ungeachtet der Einzelschicksale, die hinter der Zahl von rund einer Million Langzeitarbeitslosen stehen, ist in Deutschland die Neigung groß, die Betroffenen pauschal zu verurteilen. Außer Acht dabei bleibt, dass Arbeitslosigkeit immer mit Einschränkungen, häufig mit Demütigung und Diskriminierung verbunden ist. Auch die gesundheitlichen Risiken der Menschen steigen mit der Dauer der Arbeits-

losigkeit rapide. Doch der Weg aus dieser Abwärtsspirale heraus ist nicht einfach und für den oder die Einzelne ohne Hilfe oft kaum zu schaffen.

Diese Unterstützung bieten zahlreiche Mitgliedsorganisationen des Paritätischen. Mit innovativen Konzepten und mutigem Einsatz helfen sie vielen Menschen auf dem Weg zurück auf den Arbeitsmarkt, durch Qualifizierungsmaßnahmen ebenso wie durch sozialpädagogische und psychologische Unterstützung, um Resignation und Apathie zu überwinden. Etliche Träger im Verband haben auch selbst sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Menschen geschaffen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt sonst keine Chance haben. Sozialpolitisch verheerend und aus fachlicher Sicht völlig unverständlich ist es, dass die Bundesregierung gerade auf diesem Gebiet seit Jahren massiv die Mittel zusammenstreicht. Jede zweite Arbeitsförderungsmaßnahme der Jobcenter ist seit dem Jahr 2010 weggefallen. Die Bemühungen konzentrieren sich auf die „leicht Vermittelbaren“. Aus der Maßgabe der Agenda 2010 „Fördern und Fordern“ blieb fast nur noch das „Fordern“. Dabei sind Sparmaßnahmen zulasten der besonders Unterstützungsbedürftigen in unserer Gesellschaft nicht nur moralisch anfechtbar, sondern auch volkswirtschaftlich zu kurz

gedacht. Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt das nachdrücklich.

Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen gerade einmal ein Prozent des Privatvermögens. Sparmaßnahmen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik treffen – wieder einmal – die, die ohnehin schon nichts haben. Im Gegensatz dazu hat das oberste Zehntel der Bevölkerung seinen Reichtum in den vergangenen Jahren kräftig ausbauen können. Der Paritätische beteiligt sich deshalb am Bündnis UmFAIRteilen, das sich für die Besteuerung von großen Vermögen einsetzt. „Fordern“, um im Duktus der Agendapolitik zu bleiben, muss man in einer Gesellschaft zunehmend bedrohlicher sozialer Spaltung auch und gerade von denen, die mehr als genug haben. Die weitere Schwächung oder gar Auflösung solidarischer Bindungen und Verpflichtungen in der Gesellschaft würde uns alle teurer zu stehen bekommen, als es jede Vermögensabgabe tun könnte.

Herzlich, Ihr
Rolf Rosenbrock

Menschen neue Perspektiven geben

Gute Arbeitsmarktförderung setzt gesellschaftliche Impulse

Nicht nur das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit hat festgestellt: Die Mehrzahl der in den vergangenen Jahren genutzten Arbeitsmarktinstrumente war wirkungsvoll. Gut konzipierte Projekte der Arbeitsförderung geben Menschen, die häufig bereits viele Jahre arbeitslos sind, neue Perspektiven: Sie bieten etwa eine Orientierung für die richtige Qualifizierung, vermitteln die notwendige Kinderbetreuung oder den entscheidenden Kontakt zum passenden Job. Ungeachtet dieser Erkenntnisse hat die Bundesregierung mit ihren Kürzungsbeschlüssen einen großen Teil bewährter Förderinstrumente für arbeitslose Menschen einstampfen lassen.

Seit den Sparbeschlüssen im Sommer 2010 ist jede zweite Maßnahme bei den Jobcentern weggefallen. Damit sind viel mehr Fördermöglichkeiten gestrichen worden, als es der Rückgang der Leistungsberechtigten rechtfertigen könnte. In der Konsequenz wird aus dem Anspruch des Förderns und Forderns immer mehr die reine Verwaltung von Langzeitarbeitslosen.

Existenzorgen

Viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen, die sich in der Arbeitsförderung engagieren, sind von den Sparbeschlüssen hart getroffen. Sie müssen häufig Arbeitsfelder aufgeben oder umbauen, sind in etlichen Fällen sogar in ihrer Existenz bedroht, manche bereits in der Insolvenz. Wer sich weiterhin als Akteur der Arbeitsförderung behaupten will, hat hart zu kämpfen. Noch ist die Hoffnung nicht verloren, dass sich erfolgreiche und bewährte Ansätze auch in Zukunft durchsetzen können. Die Erfahrung zeigt: Die Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt gelingt besonders gut da, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen die Sprache der Wirtschaft, des Handels und des Handwerks ebenso beherrschen wie der sozialen Arbeit.

Wichtige Impulse für die Gesellschaft

Gute Arbeitsmarktförderung ist über die Unterstützung im Einzelfall hinaus ein wichtiger Impulsgeber für gesellschaftliche Entwicklungen. Damit

Menschen mit Migrationshintergrund sich auf dem Arbeitsmarkt und in dieser Gesellschaft integrieren können, engagieren sich beispielsweise besonders spezialisierte Mitgliedsorganisationen des Verbandes im Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse. Mit dieser Unterstützung können Migrantinnen und Migranten ihre Qualifikationen gezielt am deutschen Arbeitsmarkt einbringen.

Fachkräftemangel eröffnet Chancen

Arbeitsmarktpolitik schafft Zugänge zu guter Bildung auch für diejenigen, die die Schule schon (längst) hinter sich gelassen haben. Paritätischen Mitgliedsorganisationen gelingt es angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels immer besser, benachteiligten Jugendlichen und Schüler/-innen mit Behinderung den Weg in eine reguläre betriebliche Ausbildung zu ebnet. Die Aus- und Weiterbildung nutzen die Träger gleichzeitig als Instrument der Fachkräftewinnung für die eigene Branche, den Gesundheitsbereich und die Altenhilfe.

Innovative Lösungsansätze

Hinter den Erfolgen bei der Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt stehen nicht nur gute Konzepte, sondern vor allem auch starke Akteure: Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, die ihre Einrichtungen oft mit viel Herzblut über viele Jahre aufgebaut und mit gut qualifizierten, engagierten Teams weiterentwickelt haben.

Die größeren gesellschaftlichen Debatten, etwa um die Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, sind den Verantwortlichen der Sozialunternehmen nicht nur vertraut, sie sind daran auch aktiv beteiligt. Und sie entwickeln innovative Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme.

Sinnvolle, produktive Arbeit statt „Real-Life-Training“

Wenn aktuell die Frage diskutiert wird, was getan werden kann, damit rund 400.000 Langzeitarbeitslose, die auf absehbare Zeit ohne Chance auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sind, Anschluss an diese Gesellschaft halten können, haben die Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen eine Antwort: die zugleich unternehmerische wie auch sozial verantwortliche Idee, langzeitarbeitslose Menschen nicht von einer Maßnahme zur nächsten zu schleusen, sondern sie mit staatlicher Förderung als sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beschäftigen. Nicht in irgendwelchen Übungsfirmen, wie etwa einem in den Medien heftig kritisierten „Supermarkt“ eines Bildungsträgers, in dem niemand wirklich einkaufen konnte, Arbeitslose aber gleichwohl als sogenanntes „Real-Life-Training“ Regale einräumen und an der Kasse sitzen mussten. Sondern in produktiven und wirklich sinnvollen Tätigkeiten am Markt: beim Umzugsservice, im gastronomischen Bereich oder bei der Pflege kommunaler Grünflächen, um

nur einige Beispiele zu nennen. Die Teams werden aus gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen und leistungsfähigen Fachkräften so gemischt und fachlich angeleitet, dass sie ihrer Kundschaft attraktive Leistungen anbieten können und gleichzeitig Arbeitsplätze für Menschen schaffen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nahezu chancenlos sind.

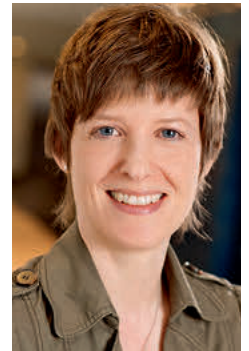
Bewährungsprobe auf dem Markt

Der Umzugsservice des Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmens muss sich auf dem Markt be-

währen. Für die ehemaligen Arbeitslosen kommt es darauf an, den Erwartungen von Kundinnen und Kunden gerecht zu werden, die sich statt für ein Sozialunternehmen genau so gut auch für ein privat-gewerbliches Unternehmen hätten entscheiden können: Die Möbel müssen unversehrt in der neuen Wohnung ankommen und die Schubladen des Küchenschanks nach dem Aufbau wieder richtig schließen.

Für die erledigte Arbeit gibt es so ein direktes Feedback. Und nicht zuletzt entsteht das gute Gefühl, eben nicht

länger arbeitslos, sondern wieder Arbeitnehmer zu sein. Tina Hofmann



Tina Hofmann,
Referentin für
Arbeitsmarkt-
und Sozialpolitik
beim Paritätischen
Gesamtverband

Erfolgsmodell steht auf der Kippe

BAFF schafft berufliche Perspektiven für alleinerziehende Mütter

Bei der beruflichen Förderung von Frauen und Mädchen, insbesondere aber von alleinerziehenden Müttern, verbucht die „BAFF-Frauen-Kooperation gGmbH“ im hessischen Darmstadt beachtliche Erfolge. Doch mit der Instrumentenreform muss die Organisation, die erst im März mit einem Preis ausgezeichnet wurde, um ihre Existenz bangen.

Wer mit alleinerziehenden Müttern etwas machen möchte, muss vor allem dafür sorgen, dass die Kinderbetreuung organisiert ist.“ Mit dem Ziel, das zu tun, stieg die Erzieherin und Sozialpädagogin Monika Otte vor fast 30 Jahren beim „Verein für Bildung und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen“ in Darmstadt ein. Das Ergebnis sind die „Baffies“. Eine kleine Krippe, in der zehn Kinder im Alter von einem halben bis zu drei Jahren betreut werden. Sie ist auch heute noch eine wichtige Säule in der Arbeit des Vereins, der 2007 gemeinsam mit der „Kooperation-Frauen e.V.“ die gemeinnützige Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft BAFF-Frauen-Kooperation gegründet hat, deren Geschäftsführerin Monika Otte ist.

Viele Beschäftigungsprojekte

Mit der BAFF-Gründung konnte das Frauen-Netzwerk die Aktivitäten zur beruflichen Integration seiner Zielgruppe beachtlich ausbauen. Dazu ge-

hörtunter anderem eine Reihe von Beschäftigungsprojekten: etwa das Bistro „Porta Emilia“ im Frauenkommunikations- und Kulturzentrum, das „Café Margret“ im Altersheim Emilstrasse, die Schulküche im Stadtteil Kranichstein, das „Café (N)Immersatt“ im Stadtteil Eberstadt-Süd III, die beiden Second-Hand-Läden in Kranichstein und Eberstadt-Süd III und der an den Eberstädter Laden angeschlossene Waschsalon. Sie alle bieten meist langzeitarbeitslosen Frauen, von denen viele alleinerziehend sind und/oder einen Migrationshintergrund haben, nicht nur die Chance, überhaupt wieder zu arbeiten, sondern sind oft auch Brücke in den ersten Arbeitsmarkt.

Mediengestalterinnen sind gefragt

Besonders gute Chancen auf ein reguläres Beschäftigungsverhältnis haben die Absolventinnen der dreijährigen Ausbildung zur Mediengestalterin, die seit 2001 in der Medienwerkstatt, einem BAFF-Zweckbetrieb, angeboten wird. Die außerbetriebliche, aber aufgrund

vieler Praktika und Kundenaufträge sehr praxisnahe Ausbildung wird unter anderem ergänzt durch eine umfassende sozialpädagogische Begleitung der Teilnehmerinnen, aber auch durch Angebote zur Kinderbetreuung.

Hervorragende Leistung ausgezeichnet

Wer in der Medienwerkstatt gelernt hat, Flyer, Plakate, Broschüren, Logos, Internetauftritte und vieles mehr zu gestalten, hat einen Arbeitsplatz so gut wie sicher. Die Qualität der breit angelegten Ausbildung hat sich herumgesprochen. „Eine unserer Teilnehmerinnen war bei der praktischen Prüfung der Industrie- und Handelskammer sogar Prüfungsbeste“, sagt Monika Otte. Im Frühjahr wurde BAFF für die Ausbildung von den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit dem Dr.-Dagmar-Morgan-Preis (2. Platz) ausgezeichnet. Gewürdigt wurde die hervorragende Förderung von Mädchen und Frauen im Bereich Informationstechnologie und

Neue Medien. Um den Bestand des Ausbildungsgangs sichern zu können, muss die Medienwerkstatt pro Jahr fünf Auszubildende aufnehmen, „dieses Jahr haben wir aber nur den Zuschlag für zwei Plätze von der Stadt Darmstadt über das Ausbildungsbudget des Landes Hessen bekommen“, sagt Monika Otte. Setze sich diese Tendenz – wie zu befürchten sei – fort, gebe es das Ausbildungsprojekt bald nicht mehr.

„Auf Bundesebene zählt das nichts“

„Wir haben eine gute Kooperation mit dem Jobcenter, sind regional breit vernetzt und unsere Arbeit ist hier sehr anerkannt. Aber auf Bundesebene zählt das alles nichts“, ärgert sich die 56-Jährige, die auch Diplom-Betriebswirtin ist. Mit der Instrumentenreform und den Kürzungen des Eingliederungstitels drohe BAFF das Ende.



Hier hat sie die nötige Ruhe, Zeit und Unterstützung: Selvije Berisha (rechts) schreibt bei BAFF eine Bewerbung. Britta Uihlein feilt mit ihr noch an ein paar Formulierungen. Foto: Bauer

Anzeige

Office-Lösungen

brother[®]
at your side

EFFIZIENZ
at your side



Brother Office-Lösungen überzeugen mit Effizienz und intelligenter Funktionalität. Vom Beschriftungssystem bis zum High-End Laser-MFC.



Nutzen Sie die Rahmenvereinbarungen mit Brother Top-Konditionen!

Mehr Infos unter www.brother.de

Bevor Monika Otte die BAFF-Geschäftsführung übernahm, war sie bereits 21 Jahre Geschäftsführerin des „Vereins für Bildung und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen“. In all den Jahren sei die Finanzierung der Arbeit nie leicht gewesen, sagt sie. „Aber es gab immer Optionen und Perspektiven. Irgendwie hatte ich immer die Gewissheit: Es geht weiter. Jetzt habe ich zum ersten Mal ernsthaft die Sorge, dass es uns vielleicht schon bald nicht mehr gibt.“ Das würde dann auch das Aus für die Beschäftigung von 25 hauptamtlichen Fachkräften bedeuten, zu denen Pädagoginnen, Köchinnen, Hauswirtschafterinnen und Sozialarbeiterinnen gehören.

Second-Hand-Läden müssen schließen

Die mit der neuen Arbeitsmarktpolitik verbundenen Kürzungen gehen BAFF zunehmend an die Substanz. Ein Beispiel: „Wir werden zum 1. November elf Arbeitsgelegenheiten weniger haben, das ist ein Minus von knapp 25 Prozent“, so Monika Otte. Die Folge wird wohl sein, dass die beiden Second-Hand-Läden in Kranichstein und Eberstadt und der Waschsalon schließen müssen. Nach dem Auslaufen der Förderung durch das aus dem Europäischen Sozialfonds finanzierte Bundesprogramm BIWAQ wollte BAFF die Second-Hand-Läden mit Arbeitsgelegenheiten weiter betreiben. Aber dieser Plan ist nun vereitelt. Für die Frauen, die bleiben, könne man immer weniger tun: „Seit der Einführung von Hartz IV wurden die Fallpauschalen sukzessive gekürzt: von durchschnittlich 560 auf 120 Euro. Damit sind die sozialpädagogische Betreuung und Qualifizierungsangebote nicht mehr zu finanzieren, selbst wenn wir die Gruppengrößen drastisch erhöhen und Beratung massiv reduzieren“, sagt Monika Otte.

Die Instrumentenreform sehe darüber hinaus im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten überhaupt keine Qualifizierung und pädagogische Begleitung mehr vor, kritisiert die Geschäftsführerin. Und bei Ausschreibungen sei der Kostenrahmen unrealistisch knapp. „Man erwartet von uns, mit weniger Mitteln immer mehr zu bewirken. Aber das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht.“ Im Gegenteil: Es bräuchte mehr Wasser und

mehr Dünger. „Stattdessen wird genau bei denen gekürzt, die es am dringendsten brauchen“, sagt Monika Otte.

Mit DANA zur Ausbildung

Gerade alleinerziehende Mütter und deren Kinder sind besonders stark von Armut betroffen. Ihnen zu einer Perspektive auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verhelfen, ist echte Armutsbekämpfung. Das sollte auch ein triftiger Grund sein, ein anderes BAFF-Projekt zu erhalten, meint Monika Otte: das Darmstädter Netzwerk für Alleinerziehende (DANA). Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundes finanziert, ging es Ende 2009 an den Start. Zielgruppe sind Frauen wie Selvije Berisha. Die 29-Jährige, deren Familie aus Kosovo stammt, hat nach dem Realschulabschluss den roten Faden verloren: Die Fachoberschule verließ sie ohne Abschluss. Die Suche nach einer Ausbildungsstelle blieb ohne Erfolg. Jahrelang hangelte Selvije sich mit Jobs als Kassiererin und Verkäuferin durch. Dann kam Tochter Sejdina zur Welt. Drei Jahre blieb sie bei der Kleinen zuhause, dann war wieder Jobsuche angesagt. Doch eigentlich möchte Selvije Berisha eine Ausbildung machen: als Automobil-Kauffrau. „Da wäre ich aber selbst nicht drauf gekommen, obwohl ich echt ein Faible für Autos habe“, sagt sie. „Als ich ihr das vorgeschlagen habe, haben ihre Augen gleich geleuchtet“, erzählt Britta Uihlein, die bei DANA für die Arbeits- und Ausbildungsstellenakquise zuständig ist und gemeinsam mit den Frauen auch herausfindet, wo deren Stärken liegen und wie sie sich beruflich nutzen lassen.

Kinderbetreuung auch am Abend

Selvije Berisha weiß: „Ohne Ausbildung habe ich immer schlechtere Karten, eine vernünftig bezahlte Arbeit zu finden, vor allem etwas Dauerhaftes. Außerdem möchte ich auch ein Vorbild für meine Tochter sein.“ Zwei- bis dreimal pro Woche kommt sie nun ins BAFF-Büro, sucht im Internet nach Stellen, schreibt Bewerbungen, hat einen PC- und einen Bewerbungskurs besucht. Bis die 29-Jährige die begehrte Ausbildungsstelle in einem Autohaus hat, will sie im Verkauf oder in der Gastronomie jobben. Leicht ist es nicht, eine Arbeit zu finden.

Aber eines macht es etwas weniger schwer: BAFF hat im Rahmen von DANA eine Kooperation mit „Fluggis Abenteuerland“ aufgebaut, einer Notfall- und Randzeiten-Betreuungseinrichtung der medical airport service GmbH. Dadurch wäre die Betreuung der kleinen Sejdina auch sichergestellt, falls ihre Mama abends arbeiten müsste.

Arbeitshemmnisse beseitigen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bei BAFF ein kontinuierliches Querschnittsthema. Arbeitshemmnisse wie fehlende Kinderbetreuung abbauen, das ist ein wichtiger Schritt, der erledigt sein muss, bevor die Alleinerziehenden ernsthaft die Jobsuche angehen können, sagt Britta Uihlein. Dafür gibt es bei DANA eine mit zwei Kräften besetzte Clearingstelle. Das DANA-Konzept hat sich bewährt: Von den 369 Teilnehmerinnen, die das Projekt seit 2010 durchlaufen haben, wurden bis zum 31. März rund ein Drittel vermittelt, davon 51 Prozent in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 17 Prozent in Ausbildung. Eine alleinerziehende Mutter von vier Kindern und bereits Mitte dreißig fand dieses Jahr sogar eine Teilzeit-Ausbildungsstelle als Kauffrau für Bürokommunikation.

Für die Teilzeitausbildung alleinerziehender Mütter hatte Britta Uihlein bei einem Arbeitgeber-Frühstück geworben. „Viele Firmen haben zunehmend Probleme, Auszubildende zu finden und möchten neue Zielgruppen erschließen. Da gibt es bei Alleinerziehenden ein großes Potenzial. Sie sind sehr motiviert und selbstständiges Arbeiten gewöhnt, das ist etwas, womit wir werben können.“ Doch mit dem Ende der Projektförderung ist unklar, ob es mit DANA weitergeht. „Wir hoffen, es über die neuen Aktivierungsgutscheine zum Teil fortführen zu können“, sagt Monika Otte. Aber das setzt voraus, dass auch BAFF eine Zukunft hat. UB

K o n t a k t

BAFF-Frauen-Kooperation gGmbH
 Aلسfelder Straße 9
 64289 Darmstadt
 Tel.: 06151/66972-0
 E-Mail: info@baff-darmstadt.de
 www.baff-darmstadt.de

Trotz rauem Wind auf Kurs

Die Afög ist im Ortenaukreis gut verankert

Mehr als 34 Millionen Euro Steuern und Sozialabgaben haben die Arbeits Fördergesellschaft Ortenau gGmbH (Afög) und ihre Beschäftigten seit der Gründung 1997 dem Staat gezahlt, umgekehrt aber nur 12,5 Millionen Euro als Fördermittel erhalten. Allein dieser Vergleich unterstreicht das Leitmotiv des Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmens im badischen Offenburg: Es ist sinnvoller, Arbeit zu subventionieren statt Arbeitslosigkeit zu alimentieren.

Noch eine Zahl spricht für das nachhaltige Wirken der Afög. In den vergangenen 15 Jahren fanden mehr als 3.400 Menschen über die Gesellschaft zu regulärer Arbeit oder Ausbildung, allein 265 im Jahr 2011. Die positive Entwicklung gründet auf dem breitgefächerten Angebot des Sozialunternehmens und seiner tiefen Verankerung in der Region. Zu den 50 Gesellschaftern der Afög gehören 36 Kommunen des Ortenaukreises, sieben Wohlfahrtsverbände – und sieben namhafte Industrieunternehmen wie Edeka-Südwest und Weber-Haus. Diese Struktur „ist ziemlich einzig“, weiß Geschäftsführer Hans Pfötzer-Reiß.

Somit verfügt die Afög über ein solides Fundament für ihre Standbeine. Da ist zunächst die Beschäftigungsgesellschaft. Deren Abteilungen erledigen unter anderem Maurer-, Schreiner- und Malerarbeiten, erfüllen Montageaufträge für Industrieunternehmen und unterhalten einen Gebrauchtmöbel- und Umzugsservice. Auf der Suche nach neuen Auftraggebern ist die Afög kürzlich auf einen überregional operierenden Fahrradverleih gestoßen. „Wir betreuen dessen Stationen in Offenburg“, berichtet Hans Pfötzer-Reiß.

Die Afög gibt mit ihren Jobs derzeit 40 Frauen und Männern einen Broterwerb, die in der Privatwirtschaft so

gut wie keine Arbeit finden würden. Und sie hat sich mit ihren marktorientierten Dienstleistungen erfolgreich etabliert, „trotz mancher Widerstände“, wie der Geschäftsführer betont. Vor allem aus dem Handwerk, das die Afög von Zeit zu Zeit als unzulässige Konkurrenz kritisiert.

Vermittlungscoaching

Um den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen, haben im vergangenen Jahr mehr als 2.200 Menschen die Bildungsmaßnahmen der Afög absolviert. Das Angebot reicht von der Berufsorientierung für Jugendliche bis zum Vermittlungs-



Blick in die Afög-Werkstatt: Die Beschäftigungsgesellschaft des Offenburger Sozialunternehmens übernimmt unter anderem Montageaufträge von Industrieunternehmen. Die Afög ist laut Geschäftsführer Hans Pfötzer-Reiß (stehend) bestrebt, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.

Foto: Bernd Kleiner

Profis
für Ihre
Immobilie

Wir senken Ihre Kosten!

Durch unsere Leistungen rund um Ihre Immobilie helfen wir Ihnen

- die Bewirtschaftungskosten für z. B. Reinigung und Wartung dauerhaft und spürbar zu senken
- Ihre Energiekosten professionell zu analysieren und sofortige Einsparmaßnahmen umzusetzen
- Strom und Gas günstig einzukaufen
- einen optimalen Gebäudebetrieb in Ihren Objekten zu organisieren, um den gesetzlichen Anforderungen Ihrer Betreiberverantwortung gerecht zu werden
- die anstehenden technischen Sanierungen durchzuführen
- die Organisation und Betreuung von Umbauten in Objekten oder bei Neubauten professionell durchzuführen
- bei der Durchführung von Mietvertragsangelegenheiten und Nebenkostenabrechnungen

NORD/FM
NORDDEUTSCHE
FACILITY-MANAGEMENT GMBH

Telefon: (0511) 361-99 79
Email: paritaetische@nord-fm.de
Internet: www.nordfm.de

Anzeige

coaching für Langzeitarbeitslose im Auftrag der Kommunalen Arbeitsförderung. Außerdem beteiligt sich die Afög an Projekten, die vom Europäischen Sozialfonds unterstützt werden. Dabei geht es zum Beispiel um die Qualifizierung schwer vermittelbarer Langzeitarbeitsloser („EQUIP“) und die assistierte Ausbildung („Carpo“). In Kooperation mit dem Paritätischen Landesverband Baden-Württemberg bietet die Afög unter dem Namen „Artemis“ zudem auch eine Berufsausbildung für alleinerziehende junge Frauen in Teilzeit an.

Zeitarbeit als Chance

Einen wichtigen Beitrag für die ökonomische Basis des Offenburger Sozialunternehmens leistet die Afög Personal GmbH (APS) mit ihrer gewerblichen Zeitarbeitsfirma. Deren 120 Beschäftigte haben vom Wirtschaftsaufschwung der jüngsten Vergangenheit besonders profitiert. Doch der neue equal-pay-Tarif in der Metall- und Elektro-Branche hat für Hans Pfotzer-Reiß auch eine Kehrseite. Er befürchtet: „Für einen solchen Lohn sind unsere ungelerten Kräfte kaum noch zu vermitteln.“

Die APS hat sich mittlerweile ein neues Geschäftsfeld erschlossen: Sie ist Trägerin der sozialversicherten „Bürgerarbeit“ für Langzeitarbeitslose in Städten und Gemeinden. „Wir haben uns gern zur Verfügung gestellt“, betont Geschäftsführer Pfozter-Reiß. Von 80 angebotenen Plätzen sind 76 vergeben. Die Leute arbeiten unter anderem bei den Tafeln, in der Bahnhofsmision, im Naturschutz, einem Kunstprojekt – „und in der Verwaltung der Bürgerarbeit bei uns“, berichtet Hans Pfozter-Reiß. Ein weiteres Tochterunternehmen der Afög ist die Arbeit und Zukunft Ortenau AG. Sie kümmert sich in erster Linie um die Immobilie des Unternehmens, befasst sich aber auch mit der Planung neuer Projekte und unterhält einen Fonds zur finanziellen Unterstützung von Arbeitsuchenden.

„Nur 40 Prozent unserer Leute werden überhaupt noch gefördert“

Bei allen Erfolgen: Es kostet viel Energie, dem „rauen Wind aus Berlin entgegenzusteuern“, stellt Hans Pfozter-Reiß fest. Die Kürzungen bei den Mitteln zur Ar-

beitsförderung beispielsweise haben negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsgesellschaft: „Nur 40 Prozent unserer Leute werden überhaupt noch gefördert“, erklärt der Afög-Geschäftsführer. Eine höhere Produktivität, um den Rückgang wettzumachen, „ist mit unserem Personal aber nicht herauszuholen“. Hans Pfozter-Reiß hofft jetzt auf Gelder für den „Passiv-Aktiv-Tausch“, die die Landesregierung bereitstellen wird. Das heißt: Leistungen des ALG II werden in Arbeitskostenzuschüsse umgewandelt, wenn ein Unternehmen den Empfänger einstellt.

Überregionale Billiganbieter

Darüber hinaus späht die Afög nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten wie dem Fahrradverleih. Die gleiche Strategie verfolgt das Unternehmen im Bildungsbereich, wo die Afög bei Projektausschreibungen mit überregionalen „Billiganbietern“ konkurrieren muss. „Wir müssen uns weitläufiger orientieren und können uns nicht nur auf die Jobcenter verlassen“, sagt Hans Pfozter-Reiß. EU-geförderte Projekte wie „EQUIP“ oder „Carpo“, die auf einen längeren Zeitraum ausgelegt sind, „machen schon jetzt 30 Prozent unserer Maßnahmen aus, und das ist noch ausbaufähig“, so der Geschäftsführer.

Hinter dem Erfolg der Afög bei Beschäftigung und Bildung steht nach den Worten von Hans Pfozter-Reiß ein engagiertes Team von 65 Frauen und Männern. Dass die „entgegengesetzten Pole“ – Handwerker und Sozialpädagogen – harmonisch unter einem Dach zusammenarbeiten, findet der Geschäftsführer, von Haus aus Diplom-Pädagoge, „herausragend“. Für seine Stamm-Crew, aber auch für die „Zielgruppenbeschäftigten“, haben die Afög und die Gewerkschaft ver.di einen Haustarif mit Leistungskomponente ausgehandelt – für ein Sozialunternehmen laut Pfozter-Reiß ein eher ungewöhnlicher Schritt. Bernd Kleiner

Kontakt

Afög gGmbH
Tel.: 0781/9342-0
E-Mail: info@afog.de
www.afog.de

Auch die gelb blühende Goldgarbe eignet sich zum Färben von Wolle. Wissen wie dieses wird Celina Heiler (Mitte) bei der Arbeit in der Weberei von Margit Doerwald (rechts) brauchen können. Simon Freitag (links) vom Integrationsfachdienst Rheinhessen-Nahe hat dazu beigetragen, dass Celina in der Weberei eine zweijährige Berufsbildungsmaßnahme absolvieren kann.

Foto: Bauer



Ein Job nach Maß in der Weberei

Celina Heilers gelungener Übergang von der Förderschule ins Berufsleben

„Ich arbeite total gerne. Wenn mir eine Arbeit Spaß macht, hält mich kein Pferd“, sagt Celina Heiler. Eine solche Arbeit hat die 19-Jährige gefunden: in der Kunstweberei von Margit Doerwald. Dort wird sie im Rahmen einer zweijährigen Berufsbildungsmaßnahme allerhand Nützliches und Wichtiges für ihr weiteres Berufsleben lernen.

Bis zum Sommer hat Celina Heiler noch die Löwenschule in Alzey besucht. Diese hat als Förderschwerpunkt die „Ganzheitliche Entwicklung“ und ist eine von fünf Förderschulen in den Regionen Bad Kreuznach, Alzey und Worms, zwischen denen Simon Freitag vom Integrationsfachdienst (IFD) Rheinhessen-Nahe hin- und herpendelt. Der 34-Jährige hat Integrative Heilpädagogik studiert und berufliche Erfahrungen in der Schulassistenz gesammelt, bevor er zum IFD kam. Dort ist es jetzt seine Aufgabe, Schülerinnen und Schülern mit Behinderung Wege ins Berufsleben zu bahnen. Das rheinland-pfälzische Sozialministerium und das Bildungsministerium haben 2009 nach guten Erfahrungen mit Modellprojekten Träger von Integrationsfachdiensten beauftragt, neben der Berufsbegleitung und Vermittlung schwerbehinderter Menschen ins Arbeitsleben als dritte Säule den „Übergang Schule-Beruf“ (ÜSB) einzurichten.

Ziel ist die Integration junger Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Wichtig ist dabei, dass die Jugendlichen schon frühzeitig während der Schulzeit Chancen haben, sich über unterschiedliche Berufe zu informieren und herauszufinden, was ihre persönlichen Begabungen und Interessen sind.

Geduld ist wichtig

Celina hat während des letzten Schuljahrs bei zwei Praktika – in einer Bäckerei und einer Großküche – festgestellt, was ihr nicht so liegt: eine Arbeit, bei der es auf Schnelligkeit ankommt. „In der Bäckerei musste ich viel laufen, das mache ich nicht so gerne“, erzählt die junge Frau, die Lernschwierigkeiten hat. Für Weberin Margit Doerwald ist das völlig okay: Ihr Handwerk ist sowieso nichts für „huddelige, schnelle Menschen“, betont sie. Da kommt es auf Genauigkeit an. Und auf Geduld. Das ist eine von Celinas Stärken, mit denen sie bei zwei Prakti-

kumseinsätzen in der Weberei glänzte. „Sie macht auch Routinearbeiten mit viel Akribie“, lobt Margit Doerwald. Und in dem Kunsthandwerksbetrieb gibt es eine Vielzahl von Tätigkeiten, zwischen denen man wechseln kann, wenn eine mal allzu langweilig wird: Schafwolle waschen, Garn spinnen, Kettfäden spannen, Kräuter für die Naturfarben sammeln... Die Praktikumszeit bei Margit Doerwald gefiel der Schülerin dann auch so gut, dass sie am liebsten gar nicht mehr zur Schule zurückgegangen wäre. Und auch Margit Doerwald, die sowohl Krankenschwester war als auch viele Jahre als Pflegedirektorin in einer psychiatrischen Klinik gearbeitet hat, kann es kaum erwarten, dass Celina im November die zweijährige Berufsbildungszeit bei ihr beginnen wird. Die 71-Jährige, die mit 60 beschloss, noch eine Ausbildung als Weberin zu machen, freut sich darauf, die junge Frau beim Start ins Berufsleben begleiten zu können. Sie kennt



Professionelle Verwaltung und Steuerung von Kindertageseinrichtungen

XVIEW KITAS ermöglicht komfortabel die Verwaltung und das Controlling von Kindertagesstätten. Insbesondere komplexe Träger mit einer großen Zahl von Kitas benötigen Transparenz und kitaspezifische Informationen. Darüber hinaus erwarten Kommunen und Zuschussgeber Verwendungsnachweise und Berichte.

XVIEW KITAS bietet neben einem dezentralen Einsatz vor Ort auch der Kitaleitung und dem zentralen Controlling zusätzliche und übergreifende Planungs- und Analysemöglichkeiten. Übersichtliche Belegungsstatistiken oder grafische Analysen und Finanzberichte stehen ebenso zur Verfügung wie Kennzahlen. Das Formular- und Bescheinigungswesen vom Betreuungsvertrag bis hin zum Buchungsbeleg wird auf Mausklick generiert und kann individuell an die jeweiligen Anforderungen angepasst werden.

Leistungsumfang

- Datenerfassung & Verwaltung
- Voranmeldungen/Aufnahme
- Individuelles Formularwesen
- Wirtschafts- & Finanzplanungen
- Statistiken & Kennzahlen
- Grafische Analysen



Besuchen Sie uns auf der Consozial Sonderschau Kindertageseinrichtungen
Halle 7A, Stand 610

Controlling & more Software GmbH
www.controlling-and-more.com

Celina schon, seit diese ein kleines Kind war: Beide leben in Alzeys Stadtteil Dautenheim und das temperamentvolle, kontaktfreudige Mädchen hat oft auf Doerwalds Mohrenhof vorbeigeschaut, wo es auch viele Tiere gibt. Dass sie einmal Celinas Arbeitgeberin würde, hätte Margit Doerwald allerdings nicht gedacht. Das war die Idee von Simon Freitag. Auf der Suche nach Betrieben, die jungen Menschen mit Behinderung gegenüber aufgeschlossen sind, nimmt er auch das persönliche Umfeld der Schülerinnen und Schüler in den Blick und schaut, ob es da schon Kontakte gibt, die sich – wie jetzt bei Celina – nutzen lassen. Denn Arbeitgeber, die jungen Leuten mit Behinderung eine Chance geben, sind äußerst schwer zu finden.

„Nischenarbeitsplätze“ finden

„Eine reguläre duale Ausbildung können viele junge Menschen mit einer Lernbehinderung nicht machen, weil da die Hürden zu hoch für sie sind“, sagt Martina Diezinger, die beim Verein für Integration und Teilhabe am Leben e.V. Leiterin des Integrationsfachdienstes Rheinhessen-Nahe ist. Aber das bedeute nicht, dass eine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt als Alternative zur Arbeit in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung nicht möglich sei. Die Praktikums- und Arbeitsplatzakquise ist daher auch ein wichtiger Bereich der IFD-Arbeit. In vielen Unternehmen ließen sich sogenannte Nischenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen, ist Martina Diezinger überzeugt. „Wir bräuchten viel mehr Zeit, um Arbeitgeber da gezielt motivieren und beraten zu können“, betont die Sozialarbeiterin. Das jedoch würde eine bessere Ausstattung des Integrationsfachdienstes erfordern, der über die Ausgleichsabgabe finanziert wird. Diese müssen Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten zahlen, wenn sie nicht die vorgeschriebene Quote bei der Beschäftigung beziehungsweise Ausbildung von Menschen mit Behinderung erfüllen. 2001 wurde die Quote jedoch von sechs auf fünf Prozent gesenkt. „Hier muss man politisch gegensteuern“, fordern Martina Diezinger und ihr Kollege Simon Freitag. Nach ihrer Erfahrung ist jeder einzelne Mensch

Initiative Inklusion

Die in Rheinland-Pfalz bei den Integrationsfachdiensten verankerte Begleitung des Übergangs von der Schule in den Beruf ist nicht die einzige Initiative zur beruflichen Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung. Seit 2011 gibt es das Bundesprogramm „Initiative Inklusion“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das auch 20.000 Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf als Zielgruppe für ein berufliches Orientierungsverfahren hat. Zudem sollen 1.300 neue betriebliche Ausbildungsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen werden.

mit Behinderung, der erfolgreich auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wird, ein Werbeträger für den Gedanken der Inklusion. Daher finden sie es auch schade, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die sie im Rahmen des ÜSB im Auftrag des Integrationsamts betreuen können, sehr begrenzt ist. Pro Schüler/-in und Monat bekommt der Integrationsfachdienst zudem nur 175 Euro. Damit ließen sich bei 18 Schülern und fünf Schulen gerade einmal drei bis vier Stunden wöchentlich pro Schule finanzieren, so Martina Diezinger. „Das ist immerhin ein Anfang, aber längst nicht ausreichend.“ 250 Euro hält sie für angemessen. „Aber es wäre besser, wenn wir von der ungünstigen Einzelfinanzierung wegwämen.“

„Auswahl widerspricht dem Gedanken der Inklusion“

Und auch das Spektrum der Schulen, die in das Programm einbezogen sind, müsste erweitert werden. Derzeit sind es in der Regel nur Schulen mit den Förderschwerpunkten ganzheitliche Entwicklung, motorische Entwicklung und Lernhilfe. Schwerpunktschulen, in denen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern ohne Behinderung lernen, gehören beispielsweise nicht dazu. Eine solche Auswahl aber, meint Martina Diezinger, widerspreche dem Gedanken der Inklusion. Simon Freitag, der zwischen den fünf

Schulen in seinem großen Einsatzgebiet hin- und herdüst und daneben noch Kontakt zu Arbeitgebern, Arbeitsagenturen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung hält, versucht, das Beste aus dem schmalen Budget herauszuholen. Gemeinsam mit den Lehrkräften sucht er in den Klassen elf und zwölf die Schülerinnen und Schüler für das Programm aus, erarbeitet in einer Kompetenz- und Potenzialanalyse mit ihnen mögliche berufliche Perspektiven, organisiert Betriebsbesichtigungen und Praktikumsstellen. In der Arbeit mit den Schülern nutzt er Methoden wie die Persönliche Zukunftsplanung oder das von der Hamburger Arbeitsassistentin entwickelte Konzept „Berufliche Erfahrung und Orientierung“. Da bearbeiten die Schüler/-innen dann in Projektwochen Fragen wie Was interessiert mich? Was könnte zu mir passen? Welche Fähigkeiten und Stärken habe ich? Aber auch: Welche

Träume habe ich für meine Zukunft? „Nach ihren Träumen gefragt zu werden ist etwas, das die meisten Schülerinnen und Schüler gar nicht kennen“, sagt Martina Diezinger. Aber die Antworten darauf seien wichtig, um mit ihnen individuell Ideen für den passenden Berufsweg erarbeiten zu können, für den sie auch die nötige Motivation mitbringen.

Ambulanter Berufsbildungsbereich

Bei Celina ist es prima gelaufen. Sie bringt derzeit in der zum evangelischen Diakoniewerk gehörenden Zoar Werkstatt Alzey noch das Eingangsverfahren, in dessen Rahmen sie unter anderem an einem Kommunikations-, Kooperations und Konfliktbewältigungstraining, an Erste-Hilfe- und Umweltmanagement-Kursen teilnimmt. Danach geht es dann in die Weberei, die jetzt quasi als Außenarbeitsplatz der Werkstatt fungiert, fach-

lich korrekt ausgedrückt ist es der ambulante Berufsbildungsbereich. Die Kooperation lohnt sich für alle Beteiligten: Die Werkstatt, die nach wie vor wichtige Anlaufstelle für viele Menschen mit Behinderung ist, kann so ihr Repertoire an Beschäftigungsmöglichkeiten erweitern. Und Margit Doerwald kann sich durch die Anbindung an die Werkstatt Unterstützung holen, wenn sie diese benötigt. Vor allem aber hat Celina Heiler einen tollen Arbeitsplatz, den sie – wenn alles gut läuft – nach den zwei Jahren weiter behalten kann. UB

Kontakt

Integrationsfachdienst Rheinhessen-Nahe
Kästrich 6, 55232 Alzey
Tel.: 06731/6762 bzw. 6763
E-Mail: kontakt@ifd-rheinhessen-nahe.de
www.ifd-rheinhessen-nahe.de

„Gerechtigkeit organisieren“

Das Porträt: Julian Beywl, Geschäftsführer von ASH-Sprungbrett

Im Büro von Julian Beywl hängt Andy Warhols Darstellung vom Abendmahl. Das Bild symbolisiert Gemeinschaft. Die ist für den Geschäftsführer des Vereins ASH-Sprungbrett in Bergheim bei Köln eine wichtige Kraftquelle. Er braucht sie auch angesichts seiner Aufgabe beim regionalen Dienstleister für Arbeitsmarktintegration: einerseits den Arbeitsuchenden die notwendige „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu geben und andererseits „sein“ Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten abzusichern.

Von den qualmenden Kohlekraftwerken der Umgebung merkt man im beschaulichen Bergheim-Paffendorf nichts. Hier hat ASH-Sprungbrett seinen Sitz. Von dort aus betreut der Verein aktuell mehr als 1.700 Menschen aus dem gesamten Rhein-Erft-Kreis, vom jugendlichen Berufsanfänger bis zum Langzeitarbeitslosen.

Julian Beywl kennt die Region von Kindesbeinen an. „Die Zuckerindustrie und Braunkohleabbau haben die Gegend hier bestimmt“, erzählt der 56-Jährige aus Brühl. Arbeit zu bekommen war früher kein Problem. Er

erinnert sich noch an die Männer, die nichts anderes taten als „herausgesprungene Förderbandketten mit einem schweren Hammer wieder reinzuschlagen“. Doch Malocher wie sie braucht heute niemand mehr. Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation haben kaum Chancen auf Beschäftigung. Gerade um sie müsse sich die Arbeitsmarktpolitik besonders kümmern, findet Julian Beywl.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Bei den Ausgaben für SGB-II-Leistungen werde so rigide gekürzt, weil sich die Betroffenen „nicht wehren können“, meint Julian Beywl. Und die Tatsache, dass Bildungs-

wege „eher zubetoniert“ als „durchgängig gemacht“ würden, trage auch nicht dazu bei, die Zukunftschancen vieler junger Menschen zu verbessern. Ganz zu schweigen vom neuen Bildungs- und Teilhabegesetz. Das hält Julian Beywl für ein „bürokratisches Monster“, das diejenigen überfordere, die Hilfe bräuchten.

„Teilhabe ermöglichen“

In seiner Arbeit sieht der Diplom-Pädagoge einen Beitrag, „Gerechtigkeit zu organisieren“ und „Teilhabe an den erwirtschafteten Gütern“ zu ermöglichen. Ein Engagement, das sowohl einen

familiären als auch beruflichen Hintergrund hat: Julian Beywl Vater, einst aus Böhmen vertrieben, arbeitete in einer Zuckerfabrik und war Betriebsrat, die Mutter verkaufte Brot und Brötchen in der elterlichen Bäckerei. „Sie war stolz darauf, dass alle ihre Kinder das Abitur gemacht haben“, sagt Julian Beywl. Eine Entwicklung, die ganz maßgeblich durch die Bildungsreform der frühen 1970er-Jahre ermöglicht wurde, die den Weg von der Volksschule bis zur Universität öffnete. Beywl späteres Betätigungsfeld zeichnete sich schon bei der ersten Stelle nach dem Studium ab: Als Diözesansekretär der Christlichen Arbeiterjugend leitete er ein Projekt zur Berufsorientierung für Hauptschüler.

Arbeitslosigkeit selbst erlebt

Doch beim Unternehmen Kirche mochte Julian Beywl nicht bleiben, eine Entscheidung mit prägenden Folgen. „Ich war danach ein Jahr lang arbeitslos“, berichtet er. Nichts tat sich, „ich war frustriert“. Schließlich ergatterte er eine ABM-Stelle bei ASH-Sprungbrett für ein sozialpädagogisches Projekt – und übernahm nach dem Weggang einer Kollegin kurze Zeit später die Geschäftsführung. In den folgenden zwei Jahrzehnten hat sich ASH-Sprungbrett unter seiner Leitung von

einer ehrenamtlich strukturierten Organisation zu einem professionellen Integrationsdienstleister gewandelt, für den das gute Angebot an erster Stelle steht. Bildung und Qualifizierung kennzeichnen das Programm. „Wir schauen nicht auf die Defizite, wir geben den Leuten die Möglichkeit, sich zu erproben“, erklärt Julian Beywl. „Bei uns erleben sie Wertschätzung.“

Transparenz und gute Kommunikation

Dieser Begriff ist Beywl auch wichtig, wenn er von seinem Team spricht: „Ein Geschäftsführer muss seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertschätzen.“ Dies drückt sich für ihn unter anderem in der „Transparenz“ der Unternehmensabläufe aus. Deswegen gibt es bei ASH Sprungbrett eine Extra-Stelle zur internen Kommunikation. Viele Möglichkeiten zur Weiterbildung sind ebenfalls eine wichtige Investition ins Personal.

Zusätzliche Qualifikationen sollen auch helfen, dem Team Arbeit zu sichern. „Die Bedingungen sind hochprekär“, konstatiert Julia Beywl. ASH-Sprungbrett operiert aufgrund der projektbezogenen Förderung vorwiegend mit befristeten Verträgen. Wie viele Kräfte der Träger beschäftigen kann, hängt stark von arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen ab und ist dementspre-

chend mit vielen Unwägbarkeiten verknüpft. Als vor einiger Zeit das örtliche Jobcenter Fördermittel kürzte, musste Beywl betriebsbedingt mehreren Beschäftigten kündigen. Das hat ihm schwer zu schaffen gemacht.

Umso mehr verfolgt er die Lösung: „Wir müssen uns verbreitern.“ Der Verein hat deswegen einen Gartenbaubetrieb zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung gegründet. Kürzlich ist er mit einem werkpädagogischen Angebot in die Jugendhilfe eingestiegen. „Das ist zwar nicht unser Kerngeschäft, aber wir haben die Leute dafür“, erklärt der Geschäftsführer.

Bei der Suche nach weiteren Geschäftsfeldern bezieht Beywl nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, er profitiert auch von einem „engen Netzwerk“ und einem „regen Austausch“. Der Geschäftsführer gehört dem Beirat sowie den Facharbeitskreisen „Armut und Sozialhilfe“ und „Arbeit und Qualifizierung“ des Landesverbands Nordrhein-Westfalen im Paritätischen an. Er gilt in den Gremien als jemand, der über den Tellerrand hinaus denkt und ein gutes Gespür für künftige Entwicklungen hat.

Das Team als Kraftquelle

Woher er Kraft für seine Arbeit schöpft? Vor allem aus Gemeinschaften. Julian Beywl findet Rückhalt in der Familie, bei seiner Frau und den zwei Kindern, bei Gesprächen mit Freunden und Geschäftsführerkollegen. Auch sein Team betrachtet er als Kraftquelle. Und seine Selbstorganisation: „Ich bemühe mich, meine wöchentliche Arbeit in 40 Stunden geregelt zu kriegen“, sagt er. Und zwar ganz ohne Handy. „Persönliche Gespräche sind mir lieber.“

Bernd Kleiner



Julian Beywl vor einem Bild mit Symbolcharakter, Warhols Darstellung des Abendmahls: Der Geschäftsführer von ASH-Sprungbrett in Bergheim empfindet die Gemeinschaft als wichtige Kraftquelle und ist ein engagierter Netzwerker. Foto: Kleiner

Kontakt

ASH-Sprungbrett e.V., Bergheim
 Julian Beywl
 Tel.: 02271/8398-0
 E-Mail: info@ash-sprungbrett.de
 www.ash-sprungbrett.de

„Menschen Erfahrungsräume bieten“

Marianne Konermann entwickelt mit Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven

Auch am Nachbarschaftsheim Schöneberg in Berlin ist die Instrumentenreform nicht spurlos vorbeigegangen. Es sah sich gezwungen, die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen von „Ein-Euro-Jobs“ aufzugeben. KICK, das Informations- und Beratungsbüro für Arbeitslose, schrammte nur knapp am Aus vorbei. KICK-Leiterin Marianne Konermann berichtet, wie das Stadtteilzentrum sich weiterhin um arbeitslose Menschen bemüht.

Frau Konermann, wie sieht die aktuelle Entwicklung bei Ihnen aus?

Wegen der Mittelkürzungen in der Arbeitsmarktpolitik hat es auch bei uns dramatische Einbrüche gegeben. Von sieben KICK-Beschäftigten sind nur noch zwei übrig: meine Kollegin Daniela Graef und ich. Unser Ladenbüro in der Barbarossastraße mussten wir Ende vorigen Jahres aufgeben. Wir versuchen jetzt die Arbeit hier im Nachbarschaftsheim fortzusetzen, im begrenzteren Umfang. Aber es ist sehr bedauerlich, dass es das Informationsbüro nicht mehr gibt. Dort mussten die Leute einfach nur über die Straße gehen und waren schon bei uns drin.

Was waren das für Besucher?

Sowohl Menschen, die an Maßnahmen des Jobcenters teilgenommen haben, aber auch Arbeitslose, die nicht im Leistungsbezug sind. Leute, die Unterstützung brauchten, beispielsweise bei der Stellenrecherche, oder Beratung. Wir haben dort auch Bewerbungstraining und Informations- und Bildungsveranstaltungen rund um die Arbeitsplatzsuche angeboten. Die Mischung war klasse: Jugendliche und Ältere, Akademiker und Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung. Und der einfache Zugang hat die Eigeninitiative der Betroffenen sehr unterstützt. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, dass die Leute selbst die Hoffnung haben, etwas an ihrer Situation ändern zu können.

Viele Arbeitslose haben das Gefühl verloren, an sich selbst zu glauben. Häufig auch, weil der Umgang in den Jobcentern nicht von besonderem Respekt geprägt ist. Die Leute werden total reg-

lementiert. Da geht es nicht darum, gemeinsam mit Ihnen eine Idee zu entwickeln, wie es weitergehen kann und zu versuchen, die umzusetzen. Sie werden in ein Fördersystem gezwängt, das sich nicht an dem orientiert, was sie brauchen, sondern an der aktuellen Kassenlage. In diesem System gibt es einfach zu viele Motivationsbremsen.

Trotzdem haben sie erfolgreich mit den Menschen arbeiten können.

Das können wir immer noch. Es ist jedoch viel schwerer geworden, weil wir dafür natürlich auch finanzielle Mittel brauchen. Aber wir wissen, wie wichtig es ist, die Leute ernst zu nehmen, ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zuzugestehen und gemeinsam mit ihnen nach Wegen zu suchen, die eine Perspektive haben.

Die haben sie bei der Beschäftigung im Rahmen von Mehraufwandsentschädigungen nicht mehr gesehen?

Nein. Im Rahmen von MAE gibt es keine Möglichkeiten mehr für Träger, Qualifizierung für die Teilnehmer anzubieten. Darum haben wir entschieden, es aufzugeben. Und drei bis sechs Monate sind auch viel zu kurz, um mit den Teilnehmern noch Perspektiven zu entwickeln. Die Ein-Euro-Jobs sind quasi nur noch ein Instrument, um die Arbeitstugenden zu aktualisieren.

Wie viele Menschen sind davon betroffen, dass sie keine Beschäftigungsmaßnahmen auf MAE-Basis mehr anbieten?

Wir hatten 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Soweit wir es mitbekom-



Marianne Konermann

Foto: Bauer

men, sind auch Mitarbeiter in den Jobcentern nicht begeistert von dieser Entwicklung. Die MAE sind für sie schon ein wichtiges Instrument gewesen.

Im Gegensatz zu Kritikern, die sagen, die Ein-Euro-Jobs seien weitgehend wirkungslos...

Wir haben da ganz andere Erfahrungen. Aber wichtig ist, dass der individuelle Förderbedarf der jeweiligen Person in den Mittelpunkt gestellt wird. Das war auch unser Erfolgsrezept.

Können Sie ein paar Beispiele geben?

Wir hatten einen Mann in einer MAE-Maßnahme, der Migrant ist und dessen Ausbildung hier nicht anerkannt wird. Der wollte unbedingt den Taxischein machen. Wir haben mit ihm ein Qualifizierungskonzept erarbeitet und

geschaut, wo er das zu einem akzeptablen Preis machen kann. Und wir haben das Jobcenter überzeugen können, die Prüfungsgebühr zu übernehmen. Sonst wäre es nicht gegangen. Jetzt verdient er als Taxifahrer seinen Lebensunterhalt.

Außerdem arbeitet hier bei uns im Haus eine Kollegin, die aus Russland stammt und zunächst auch in einer Beschäftigungsmaßnahme war. Anfangs hatte sie noch ziemliche Sprachprobleme, hat dann aber Deutschkurse besucht und danach VHS-Kurse in Rechnungswesen und in Kosten und Leistungsrecht. Jetzt ist sie so fit, dass wir sie bei uns fest angestellt haben.

Im Personal- und Finanzwesen werden derzeit Leute gesucht...

Danach zu schauen, ist wichtig. Was uns sehr geholfen hat, im Rahmen von MAE erfolgreich mit den Teilnehmern zu arbeiten, ist eine gute Vernetzung und Kooperation mit den unterschiedlichsten Bildungsträgern hier in Berlin und mit anderen Stadtteilzentren. Dadurch haben wir ein sehr breites Repertoire in zweierlei Hinsicht. Einmal

können wir den Menschen die unterschiedlichsten Erfahrungsräume anbieten, wo sie herausfinden können, was zu ihnen passt. In der Kita, der Ganztagsbetreuung in Schulen, in der Nachbarschaftsarbeit und der Begleitung für ältere Menschen, aber auch auf dem Kinderbauernhof. Zum anderen können wir für die Leute auch viele Weiterbildungsoptionen aufzeigen, weil wir einen guten Überblick über die Bildungslandschaft haben, über Berufsbilder und Möglichkeiten des Quereinstiegs. Da sind dann auch eher ungewöhnliche Sachen dabei, wie etwa ein Synchronsprecher-Kurs.

Was können Sie nach dem Ausstieg bei den MAE noch für Arbeitslose tun?

Ein wichtiges Projekt ist die Bürgerarbeit. Und wir bieten Informations- und Orientierungskurse für erwerbslose Frauen und Mütter mit und ohne Ausbildung an. Außerdem haben wir Lingua Senza. Das ist eine Verbindung von theaterpädagogischer Arbeit, individuellem Bewerbungsmanagement und Sprachtraining. Es richtet sich an Arbeitsuchende unter 25 Jahren mit Migrationshintergrund. Und es gibt noch JobAct. Ebenfalls für Unter-25-Jährige. Da geht es auch darum, durch die Verbindung von Theaterpädagogik und Bewerbungsmanagement den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die nötigen Voraussetzungen für die Aufnahme einer schulischen oder betrieblichen Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln.

Sagen sie noch etwas zur Bürgerarbeit? Das Bundesmodellprojekt ist ja nicht ganz unumstritten. Kritiker sprechen vom Zwang zur Arbeit und bemängeln unter anderem eine zu geringe Bezahlung.


Wir haben uns trotzdem entschlossen, mitzumachen, weil wir davon überzeugt sind, dass etliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Bürgerarbeit echte Chancen bekommen, den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Und zwar in eine Arbeit mit Perspektive. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten 30 Stunden in einer gemeinnützigen Einrichtung, etwa in der Kita oder Schulbetreuung. Dafür

erhalten sie hier in Berlin ein Bruttogehalt von 1.300 Euro. Nach einem Jahr können wir bereits sagen: Wir haben vier Teilnehmer, bei denen sich gezeigt hat, dass sie wirklich geeignet sind, sich für den Erzieherberuf weiterzuqualifizieren – eine Frau und drei Männer im Alter zwischen 30 und 40 Jahren. Einer von ihnen war früher Weinküfer. Der andere hat ein abgebrochenes Politologiestudium und war danach im Veranstaltungsmanagement tätig. Er hat eine polnische Frau und daher auch polnische Sprachkenntnisse, so dass jetzt schon feststeht, dass wir ihn gerne fest in der deutsch-polnischen Kita anstellen würden. Durch die Bürgerarbeit haben sie alle die Erfahrung gemacht, dass ihnen die Arbeit mit Kindern Freude bringt. Wir haben mit dem Jobcenter ausgehandelt, dass sie auf dieser Basis bis 2014 weiter beschäftigt werden und berufsbegleitend eine Erzieherausbildung machen. Danach haben sie sowohl Berufserfahrung als auch eine gute Ausbildung in einem anerkannten Beruf. Das Jobcenter wird sie ziemlich sicher nicht wiedersehen. Die Kitas brauchen dringend gut ausgebildete Fachkräfte.

Das spricht für nachhaltige Qualifizierung.

In der Tat. Leider haben die Jobcenter aber meistens Angst, sich finanziell längerfristig festzulegen, weil das ihren Förderstrukturen widerspricht. Aber so eine Ausbildung ist doch viel sinnvoller, als die Leute dreimal für ein halbes Jahr eine MAE machen zu lassen, und danach passiert wieder nichts mehr. Wenn wir Langzeitarbeitslose nicht einfach als „marktuntauglich“ abschreiben wollen, was ich für verwerflich halte, muss die Politik dringend mehr Fördermöglichkeiten zulassen, die eine nachhaltige Berufsweplanung ermöglichen.

Das Gespräch führte Ulrike Bauer

 **Zur Person:**
Marianne Konermann

Marianne Konermann (55) hat Erwachsenenbildung studiert und eine Ausbildung als Supervisorin. Durch die Beschäftigung mit dem politischen Bewusstsein arbeitsloser Jugendlicher während des Studiums wurde das Thema Arbeitslosigkeit für sie zum beruflichen Dreh- und Angelpunkt – sei es bei Volkshochschulkursen, wo sie ehemals arbeitslose Frauen auf die Hauswirtschafterinnen-Prüfung vorbereitete, oder in der Konflikt- und Bildungsberatung für Jugendliche. 1985 kam sie zum Nachbarschaftsheim Schöneberg, wo sie seit 1995 für den Bereich Beschäftigung und Qualifizierung verantwortlich ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erprobte Marianne Konermann auch persönlich: als Mutter zweier Kinder.

K o n t a k t

KICK – Informations- und Beratungsbüro für Arbeitsuchende
Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.
Tel.: 030/85995161
E-Mail: kick@nbhs.de, www.nbhs.de

Q-Prints & Service macht Schule

Alleinerziehende werden zu Alltagsbetreuerinnen in der Pflege ausgebildet

In 17 Projekten und Maßnahmen fördert und beschäftigt Q-Prints & Service (QPS) Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt kaum Chancen haben. Zum breiten Angebot der Beschäftigungsgesellschaft gehört seit März auch die private Else-Mayer-Schule. Dort bereiten sich alleinerziehende Mütter auf die Prüfung zur staatlich anerkannten Alltagsbetreuerin in der Pflege und Einrichtungen des Gesundheitswesens vor.

Q steht für Qualifizierung. Seit der Gründung der Q-Prints & Service GmbH im Jahr 2001 ist es Ziel des gemeinnützigen Pforzheimer Unternehmens, arbeitslosen Frauen und Männern mit erschwerten Zugangsvoraussetzungen zum ersten Arbeitsmarkt sowie Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Schul- und Berufsausbildung eine Perspektive zu bieten und dabei auch ihre Gesundheit und Eigeninitiative zu fördern. Zielgruppen der Tochter der Aktionsgemeinschaft Drogen und des Baden-Württembergischen Landesverbands für Prävention und Rehabilitation gGmbH sind insbesondere Menschen mit Suchtproblemen, Behinderung oder mehrfachen Vermittlungshemmnissen. Bei den rund 250 Plätzen, die Q-Prints & Service in den Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Beratungsmaßnahmen bietet, ist der Anknüpfungspunkt stets die individuelle und ressourcenorientierte Förderung für den Einstieg ins Erwerbsleben.

„Neuland betreten“

Sarah Bühler, 28 Jahre alt und alleinerziehende Mutter von drei Jungen, ist schon lange arbeitslos und hat keine Ausbildung. Doch seit Kindertagen einen Berufswunsch: Sie möchte Rettungssanitäterin werden. Mit dem Abschluss als staatlich anerkannte Alltagsbegleiterin in der Else-Mayer-Schule hofft sie, ihrem Berufswunsch näher zu kommen. Doch zunächst muss die Alleinerziehende wie ihre derzeit zehn Mitstreiterinnen die zweijährige Ausbildung erfolgreich bestehen. Das bedeutet: Neben dem Unterricht – im ersten Jahr zwölf Stunden wöchentlich – im ganzen Jahr 800 Stunden in einer Einrichtung des Gesundheitswesens absolvieren.



Im Sinne der Namensgeberin der Else-Mayer-Schule fünf „wagemutige und wissbegierige“ Frauen (von links nach rechts): Sarah Bühler (Projekt-Teilnehmerin), Andrea Riegraf (Schulleiterin), Katharina Klugmann (QPS-Pressesprecherin), Mechthild Ruhl (stellvertretende Schulleiterin) und Yvonne Weinhold (Projektteilnehmerin). Foto: Corinna Willführ

Mit dem Angebot des SAM – der Serviceorientierten Alltagsbetreuung durch alleinerziehende Mütter in einer privaten Schule, der Else-Mayer-Schule, „haben wir Neuland betreten“, sagt Schulleiterin Andrea Riegraf, „die Lehrkräfte ebenso wie die Teilnehmerinnen und die kooperierenden Praxis-Einrichtungen wie Seniorenheime oder Kliniken.“ Und eine Überraschung erlebt: „Beim Sozialministerium in Baden-Württemberg haben wir offene Türen eingermannt“, berichtet Geschäftsführerin Ute Hötzer. „Das hat uns bestärkt, den Weg einer privaten Schulgründung zu gehen.“

Die Beschäftigungsgesellschaft konnte die Landesregierung mit ihrem „auf Weitsicht und Nachhaltigkeit angelegten Konzept im Hinblick auf einen drohenden Pflegenotstand“, überzeugen. Nicht zuletzt mit dem Know-how, den Erfahrungen und Erkenntnissen, die QPS (nicht nur) aus seinem „Kompetenzzent-

rum für Alleinerziehende“ im Rahmen des Bundesprogramms „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ gewonnen hat. „Zu- pass kam uns dabei auch das Landesarbeitsmarktprogramm, bei dem EU-Gelder auf die Kreise verteilt werden.“ So wird SAM aus Mitteln des Landes, des EU-Sozialfonds und des Jobcenters finanziert. „Ohne die Anerkennung als Modellprojekt hätten wir die Schule nicht starten können“, betont Ute Hötzer.

Wissbegierig und wagemutig

15 Plätze bietet die Else-Mayer-Schule. Eine Altersbeschränkung gibt es nicht. Auch müssen die Frauen keine Hartz-IV-Empfängerinnen sein. Die Auswahl der Bewerberinnen erfolgt im persönlichen Gespräch. Voraussetzung für die Teilnahme an der Ausbildung sind ausreichende Deutschkenntnisse und ein ärztliches Attest. Else Mayer (Jahrgang 1891), Tochter einer alteingesessenen Pforzheimer

Schmuckfamilie, trat zeit ihres Lebens für Aus- und Weiterbildung von benachteiligten Mädchen, Frauen und Müttern ein, um ihnen ein Leben in Selbstverantwortung zu ermöglichen. „Sie war wagemutig und wissbegierig“, sagt Schulleiterin Andrea Riegraf. „In ihrem Sinne möchten wir Frauen unterstützen, für die beides gilt.“ Dementsprechend gehen sowohl die Lehrkräfte der Schule als auch die persönlichen Ansprechpartnerinnen, die den Frauen in den Altenhilfeeinrichtungen zur Seite stehen, auf die besonderen Bedingungen der Auszubildenden ein. „Für viele der Frauen, die als alleinerziehende Mütter oft über Jahre auf sich allein gestellt waren, ist es schwierig, Hilfe anzunehmen. Manche wollen 150 Prozent geben. Unsere Aufgabe ist es auch, sie davor zu schützen, an diesem Anspruch zu scheitern“, so Andrea Riegraf.

Qualifizierungsprojekte

Passgenaue, individuelle Förderung – um diese bieten zu können, hat das soziale und wirtschaftsnahe Integrationsunternehmen QPS Wirtschaftsbetriebe in verschiedenen Branchen aufgebaut – wie Siebdruckerei, Lettershop, Konfektionierung und Copy-Shop, das Restaurant

Goldener Anker in Dillweißstein sowie das Café und Bistro Prosa in der Stadtbibliothek. Hier docken die verschiedenen Qualifizierungsprojekte wie Q-Train oder Quafé an, in denen die Teilnehmenden „lernend anerkannte Werte schaffen“, also marktfähige Dienstleistungen anbieten und Produkte herstellen. Gleichzeitig werden sie gezielt gefördert, beispielsweise mit Unterricht in Deutsch und Mathematik oder mit Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Angeregt werden sie dabei von 37 Fachkräften, die zum Teil aus der freien Wirtschaft gekommen sind, wie Küchenchef und Handwerksmeister, aber auch von Sozialpädagoginnen und -pädagogen. Für alle gilt: Ständige berufliche Weiterbildung ist ein Muss, das zugleich aber auch als Wertschätzung erlebt wird.

Hohe fachliche Kompetenz

Der Erfolg der QPS-Projekte basiert zum einen auf der hohen fachlichen Kompetenz des professionellen Teams, die für solide Konzepte sowie eine hohe Produktqualität bürgt und so unternehmerische Expansion ermöglicht. Wichtig sind zugleich aber auch die gute regionale Vernetzung und die enge Kooperation

mit privatwirtschaftlichen Firmen, welche die gute Qualität der QPS-Arbeit zu schätzen wissen. Das sichert nicht nur Aufträge. „Die Kooperationen erleichtern häufig auch den Übergang der Teilnehmenden in den regulären Arbeitsmarkt“, betont Geschäftsführerin Ute Hötzer.

Wertvoll ist für die gemeinnützige GmbH zudem die Unterstützung durch den Fachbeirat, der ebenfalls die gute Verankerung von QPS im sozialen und wirtschaftlichen Umfeld widerspiegelt: Der geschäftsführende Gesellschafter einer Druckerei und Agentur gehören ebenso dazu wie Lokalpolitiker, Gewerkschafter, eine diplomierte Sportlehrerin, der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald, eine Arbeitsvermittlerin und der Leiter des Jugend- und Sozialamtes der Stadt Pforzheim.

Corinna Willführ

Kontakt

Q-Prints & Service GmbH
 Simmlerstraße 10
 75172 Pforzheim
 Tel.: 07231/56603-3
 E-Mail: info@q-printsandservice.de
 www.q-printsandservice.de

Integration braucht gleiche Chancen

Der Berliner Club Dialog berät in beruflichen Anerkennungsverfahren

Erzieherinnen, die als Zimmermädchen arbeiten, Ingenieure, die als Hausmeister tätig sind: Was die Wissenschaft „brain waste“ nennt, ist für viele Zuwanderer bittere Realität. Weil ihre Berufsabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt wurden, arbeiten sie weit unterhalb ihrer Qualifikation – wenn überhaupt. Der Berliner Club Dialog e.V. kümmert sich um dieses und um viele andere Integrationsprobleme.

Russischsprachige Menschen und auch andere Migranten finden im Club Dialog Bildungsangebote und vielfältige Unterstützung, auch was das neue Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen angeht. Von der ersten Stunde an dabei ist Tatjana Forner, die jetzige Geschäftsführerin, die für die außergewöhnliche Geschichte dieses Vereins steht. Gegründet wurde der Club Dialog 1988 in Ost-Berlin. Damals lebten in beiden

Teilen Berlins circa 5.000 Menschen aus der Sowjetunion. Doch weder in Ost noch in Westberlin hatte es bis dahin Selbstorganisationen oder Interessenvertretungen dieser Gruppe gegeben. Obwohl nach dem Beginn der Perestrojka-Politik ein großer Bedarf nach Austausch bestand – über die allgemeine Situation, vor allem aber auch über eigene Probleme. Ziel der Initiativgruppe von sowjetischen und DDR-Bürger/-innen war es, den kulturellen wie politischen Dialog

anzuregen und den in Berlin lebenden russischsprachigen Menschen einen Ort für lebendige Kommunikation zu schaffen. Der Name: Club Dialog. „Club“ – als Ort des friedlichen und freien Meinungs-austausches und „Dialog“ – als Einladung und gleichzeitig politisches Programm. Erst traf man sich privat, dann im Haus der Sowjetischen Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße, wo der Club Dialog e.V. heute noch seinen Sitz hat. „Einen öffentlichen Raum zu be-

kommen war sehr wichtig. So konnte man uns nicht so einfach in Stille auseinander jagen“, sagt Tatjana Forner.

Mit der Wende kamen neue Aufgaben

Der Zerfall der Sowjetunion und der Ostblockstaaten leitete Anfang der 1990er-Jahre eine neue Welle der Migration aus der Sowjetunion nach Deutschland ein. Der Club Dialog war der einzige Verein, der für Russischsprechende in Berlin soziale, juristische und lebenspraktische Beratung anbieten konnte. Und natürlich Kulturveranstaltungen. „Nicht umsonst sagt man, dass die Russen ihre sozialen Probleme mit kulturellen Mitteln zu lösen versuchen“, sagt Tatjana Forner. „Unsere Stärke liegt darin, dass wir uns als ein Teil unserer Community stetig mit ihr zusammen entwickeln und gleichzeitig aktiv an der Gestaltung der deutschen Zivilgesellschaft mitarbeiten. Zurzeit leben in Berlin etwa 170.000 russischsprachige Einwanderer/-innen verschiedenster Nationalitäten. Für viele von ihnen, aber auch für Deutsche und Migranten aus anderen ethnischen Gruppen ist der Club Dialog mit seinen Angeboten und derzeit 24 angestellten Mitarbeitern sowie vielen Ehrenamtlichen eine wichtige Anlaufstelle, Ort der Kommunikation und der kreativen Entfaltung. Im Laufe zweier Jahrzehnten hat der Club Dialog eine Struktur aufgebaut, die mit ihren vielen Bereichen eine umfassende Integrationsarbeit für alle Generationen ermöglicht – von der sozialen, Berufs- und Ausbildungsberatung, Berufsorientierung und Bildung über die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Eltern bis zur kulturellen und soziokulturellen Arbeit mit älteren Menschen. Die Expertise des Vereins ist über Berlin hinaus gefragt: 2011 wurde der Club Dialog in den Beirat der Migrationsbeauftragten der Bundesregierung einberufen.“

Berufliche Verankerung

„Ohne berufliche Verankerung bleibt gesellschaftliche Integration unverbindlich. Berufliche Integration war schon immer eine besondere Aufgabe“, betont Tatjana Forner. Für Migranten, die im Ausland einen Beruf erlernt oder ein Studium absolviert haben, ist die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse von größ-

ter Bedeutung. Lange Zeit waren nicht alle im Ausland Ausgebildeten zu Anerkennungsverfahren zugelassen. Vieles lag im Ermessen der Beamten oder an Besonderheiten der jeweiligen Gesetze in den Bundesländern, erinnert sich Geschäftsführerin Forner. „Oft war es reiner Zufall, welcher Abschluss wo und wie anerkannt wurde – oder eben nicht.“

Begleitung im Bürokratie-Dschungel

Seit April 2012 hat sich einiges geändert: Alle Migrantinnen und Migranten haben jetzt einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren. Und sie können sich dabei Unterstützung holen. Schon seit 2005 beteiligt sich der Club Dialog e.V. mit seinen mehrsprachigen Angeboten an dem bundesweiten Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“. Seit April bieten drei erfahrene Mitarbeiterinnen Anerkennungsberatung und Coaching für Migranten und Deutsche, die Anerkennungsverfahren anstreben.



Foto: Fotolia – L. Butch

Wo geht es lang in Richtung Arbeit? Beim Anerkennungsverfahren bietet der Berliner Club Dialog Migranten Unterstützung.

Julia Merian, Leiterin des Anerkennungsprojekts, wird oft mit falschen Erwartungen konfrontiert, die sich da finden, wo Menschen keine ausreichenden Informationen oder Sprachkenntnisse besitzen. Nein, so muss sie dann klarstellen, sie kann weder selbst eine Anerkennung bescheinigen noch einen positiven Bescheid garantieren. Und genauso wenig kann sie ermesen, wie gut man danach einen Job findet. Den Ratsuchenden kann sie aber versichern, dass sie durch diesen bürokratischen Dschungel begleitet werden. Zuerst wird geprüft ob es sich bei ihrem Beruf um einen regle-

mentierten oder nicht-reglementierten handelt. Davon hängt ab, ob die Anerkennung gebraucht wird, um den Beruf ausüben zu können. Für Ärzte etwa sei sie verpflichtend, ein Bäcker dagegen könne ohne Bescheinigung arbeiten, solange er sich nicht selbstständig macht, erklärt Julia Merian. Als nächstes wird geschaut, wie sich die Gleichwertigkeit mit hier erworbenen Abschlüssen nachweisen lässt. „Da wird es schnell kompliziert.“ Und aufwendig: wenn Nachweise aus dem Ausland organisiert werden müssen. Nicht weniger schwierig ist es, Referenzberufe zu finden – wie etwa bei einem russischen Zooingenieur. In Russland sorgt er in Tierzuchtbetrieben für die Technik. „In Deutschland gibt es dieses Berufsprofil nicht, also recherchiere ich, welchem es hier nahekommt“, sagt Julia Merian. Je nachdem entscheiden die Anerkennungsstellen, ob und inwieweit sich der Bewerber nachqualifizieren muss. Nur eines ist gewiss: „Jeder Fall ist anders.“

Hoffen auf ein positives Ergebnis

An Arbeit mangelt es Julia Merian und ihren Kolleginnen Marina Bondarew und Irina Novodworskaja nicht. Das Angebot hat sich herumgesprochen, es gibt schon Wartezeiten. Doch die meisten Klienten fassen sich in Geduld, weil sie auf ein positives Ergebnis hoffen. Manchmal verläuft eine Beratung auch erfolgreich, selbst wenn die nicht zum Anerkennungsverfahren führt. So etwa bei einer Klientin polnischer Herkunft, die den Beruf der Pharmazeutisch-Technischen Assistentin gelernt hatte. Ihr war vor Jahren die Anerkennung verweigert worden. Obwohl längst beruflich etabliert, lebte sie seither mit dem schlechten Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein. Doch Julia Merian konnte ihr zeigen, dass damals rechtlich keine andere Entscheidung möglich war. „Damit war sie völlig zufrieden.“ BS

Kontakt

Club Dialog e.V., Tel.: 030/2044859
E-Mail: info@club-dialog.de
Projekt „Fahrplan Anerkennung beruflicher Abschlüsse“: Julia Merian
E-Mail: j.merian.faba@club-dialog.de
www.club-dialog.de

Mit dem Segelflugzeug in die Zukunft

In der JuBi Ratzeburg haben Erfolge eine ganz besondere Dimension

Nicht ausbildungsreif. Nicht berufsreif. Wenn Jugendliche mit diesem Etikett versehen werden, dann bleibt ihnen oft nur eins: Grundsicherung. Man darf niemanden aufgeben, sagt dagegen Alexander Willberg. Er erfand die Jugendbildungsstätte Ratzeburg, eine Produktionsschule, die Segelflugzeuge überholt. Den Anstoß gab das Jobcenter.

Es gibt Ausdrücke, die mag Alexander Willberg gar nicht hören. „Sozialhilfeadel“ ist so einer. Oder „Zufall“. Das erste wird gerne gesagt, wenn Jugendliche aus Hartz-IV-Familien scheinbar zwangsläufig in die Fußstapfen ihrer Eltern treten. Das andere sagen die Jugendlichen selbst, wenn sie trotz allem Erfolg haben. Der Erfolg müsse schon die Größe eines Flugzeuges haben, damit sie daran glauben, sagt Alexander Willberg: „Unser Job ist es, die Kinder von zuhause herauszulösen und mit ihnen eine neue Zukunft aufzubauen.“

Arbeiten + Lernen = Produktionsschule

Dass es geht, beweist zum Beispiel Patrick*, 19 Jahre alt, ein schüchterner junger Mann, dessen Schicksal schon besiegelt schien. Ebenso wie das seines Bruders und seiner Schwester. „Man findet hier Freunde“, sagt er. Das Klima sei gelassener als anderswo. Er steht in der Werkstatt neben einer SF 25C, einem zweisitzigen Motorsegler, Baujahr 1973, und klopft gegen die Wand. Sie klingt hohl. Der gesamte Boden sei mit Glasfasermatten bespannt, erklärt er fachmännisch und zeigt auf die Seiten: Nur das Gerüst ist mit Holz verstärkt. Alexander Willberg begutachtet die Hutablage, die der junge Mann gebaut hat. „Nächste Woche kommen die Flügel dran“, sagt Willberg. Danach kommen die Prüfer. „Und dann werden wir das Ding zusammen fliegen“, verspricht er Patrick.

Dass in der Produktionsschule ausgerechnet Segelflugzeuge repariert werden, ist ein Glücksfall, den sie Alexander Willberg verdankt. Der 57-jährige Diplompädagoge ist Geschäftsführer

* Name geändert

der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft BQG Personalentwicklung GmbH. Und er ist Fluglehrer für Segelflugzeuge und Motorsegler. Früher habe sich die BQG nur um erwachsene Langzeitarbeitslose gekümmert, erzählt Willberg, als er im Büro der Werkstattdirektor sitzt. Auf Wunsch des Kreistages habe sie begonnen, mit Jugendlichen zu arbeiten. Die jungen Leute bauten zwei Wikingerschiffe – im Rahmen von EU-Projekten mit französischen und dänischen Partnern. So erlebte Willberg, wie dänische Produktionsschulen arbeiten, die es dort schon seit Ende der 1970er-Jahre gibt: Junge Menschen lernen, indem sie Verantwortung für ein Produkt übernehmen – und damit für sich und ihre Arbeit.

Über produktive Arbeit Bildungsdefizite abbauen

Den Impuls, eine Produktionsschule in Ratzeburg zu gründen, gab das Jobcenter Herzogtum Lauenburg. Dessen Geschäftsführer Ulrich Elsweiler wollte jungen Menschen bis 25 Jahren eine Chance geben, die das Jobcenter weder in eine Ausbildung noch in einen Job vermitteln konnte: extrem schulmüde und destabilisierte junge Erwachsene. Er hoffte, dass sie über die produktive Arbeit auch ihre Bildungsdefizite abbauen. Bei Alexander Willberg stieß er auf offene



Fachlicher Rat gefragt? Patrick mit Alexander Willberg
Foto: Gerlinde Geffers

Ohren. Der einzige Haken: Es musste ein Produktionsbereich gefunden werden, dem die Handwerkskammer bescheinigte, dass er den freien Markt nicht stört. Der passionierte Segelflieger Willberg kannte da eine Lücke.

Marktlücke: Reparatur von Segelflugzeugen

Sie hat mit der privaten Fliegerei nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun. Die war in Deutschland zunächst nur für motorlose Flugzeuge erlaubt. Werkstätten gab es kaum; die Vereine durften ihre Segelflugzeuge selbst reparieren, sogar selbst bauen. Sie dürfen es bis heute. Etwa ab 1976 kamen die Kunststoffflieger. Die Zahl der Werkstätten, die noch alte Segelflieger überholen könnten, ist deutschlandweit extrem geschrumpft. Das Wissen stirbt aus. Eine Marktlücke also, denn noch immer gibt es etwa 2.000 Segelflug-

zeuge in Holz- und Gemischtbauweise im Land. Also trat die JuBi dem Luftsportverband Schleswig-Holstein bei und wurde dessen offizielle Vereinswerkstatt. Im Mai 2008 ging es los. „Die Vereine stehen bei uns Schlange“, sagt Alexander Willberg heute.

Kein Wunder. In der Produktionsschule werden alte Segelflugzeuge auf Schäden untersucht und bis ins letzte Detail ausgebessert – für den moderaten Preis von 5.000 Euro plus Material. Zehn Flugzeuge schafft die JuBi pro Jahr. Damit nimmt sie weniger als ein Zehntel der jährlichen Kosten von 650.000 Euro ein. Einen weiteren Teil steuert das Land Schleswig-Holstein aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bei. Den Löwenanteil aber zahlt das Jobcenter.

Ob Küche oder Werkstatt – alle erleben den Erfolg

Die Produktionsschule will die 51 jungen Erwachsenen ermutigen. „Die meisten kommen mit dem Gefühl, nichts zu können und nichts zu sein“, sagt Willberg und spricht von jungen Menschen mit psychischen Schwierigkeiten, mit Suchtproblemen, mit Lernbehinderungen, von missbrauchten Jugendlichen, von Jugendlichen, deren Eltern extrem verwahrlost sind.

Anfangs agieren sie wie gewohnt: Sie fehlen öfter. Das nutzt ihnen wenig, denn die JuBi verlassen dürfen sie erst, wenn sie eine Zukunftsperspektive für sich gefunden haben – andernfalls wird ihnen sogar die Grundsicherung gestrichen. „Sie müssen sich entscheiden, sich zu verändern“, sagt Willberg. Die meisten tun es: Im Jahr 2011 haben 66 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Wechsel in eine Ausbildung oder eine weiterführende Schule geschafft. 90 Prozent haben den Hauptschulabschluss nachgeholt.

Mit jedem Flugzeug, das die Werkstatt verlässt, glauben sie mehr an ihren Erfolg. Dabei ist es egal, ob sie in der Metallwerkstatt das filigrane Rohrgerüst für einen Flieger schweißen oder in der Holzwerkstatt die Tragflächen erneuern, ob sie in der Verwaltung Ersatzteile nachbestellen und Rechnungen schreiben oder in der Küche

Aufläufe kochen oder Brote für alle backen. Alle wissen: Jeder ist an seinem Platz wichtig. Die einen bauen die Flugzeuge, die anderen sorgen dafür, dass manch einer vielleicht zum ersten Mal nach Jahren wieder etwas Warmes zu essen bekommt, und das auch noch regelmäßig.

Mit dem Fliegen wächst Selbstvertrauen

Metall, Holz, Farbe, Küche und Verwaltung – die fünf Werkstattleiter- oder leiterinnen sind gleichermaßen gute Handwerker wie gute Pädagogen. Sie arbeiten eng mit zwei Sozialpädagogen und zwei Lehrern zusammen. Alle sind sich einig: „Wir entschuldigen nichts, aber wir haben eine wertschätzende Grundhaltung“. Das spüren die Jugendlichen.

Einen zusätzlichen Schub bekommen die jungen Erwachsenen, wenn sie selbst fliegen. Jeden Mittwochnachmittag ist es so weit. Das Fliegen, sagt Willberg, wirke wie eine Verhaltenstherapie. Angst haben viele. Mit jedem Flug wächst das Selbstvertrauen. „Wenn ein entmutigter Jugendlicher es schafft, dreimal allein um den Flugplatz zu fliegen, dann wird er diesen positiven Mosaikstein nicht wieder los“, sagt Willberg. Im Gegenteil: Der Mosaikstein macht süchtig.

Patrick's Geschwister haben es beide geschafft. Die Schwester lernt den Erzieherinnenberuf. Der Bruder ist Forstwirt. Auch er sei als scheuer Junge in die JuBi bekommen, erinnert sich Willberg. Eine Ausbildung brach

K o n t a k t

JuBi – Produktionsschule
Ratzeburg
Max-Planck-Straße 13
23909 Ratzeburg
Tel.: 04541/8081-0
E-Mail: Info@JuBi-Ratzeburg.de
Leiter der Produktionsschule
Carsten Roock, E-Mail: Roock@BQG-Personalentwicklung.de

Geschäftsführer der BQG
Alexander Willberg
Tel.: 04541/808012
E-Mail: Willberg@BQG-Personalentwicklung.de

er ab, er arbeitete in der Segelflugwerkstatt, war gut, machte Auslandspraktika, wurde selbstbewusster. Am Ende seiner Jubi-Zeit hat er den Segelflugschein gemacht. „Er ist ein anderer Mensch geworden“, sagt Willberg.

Gerlinde Geffers

Anzeige

VBLU
Versorgungsverband
bundes- und landesgeförderter
Unternehmen e. V.

*Zukunft gestalten durch
betriebliche Altersversorgung*
mit abschlusskostenfreien Tarifen



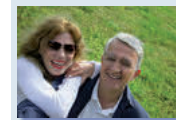
Direktversicherung VBLU

Die sinnvolle Ergänzung zur gesetzlichen Rente heißt VBLU. Ihre Zusatzversorgung ohne Gesundheitscheck, Gebühren & Provisionen.



Entgeltumwandlung im VBLU

Mehr Vorsorgen und dabei Steuern sparen. Nutzen Sie die Möglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung.



VBLU RiesterRente

Nutzen Sie für Ihre Altersversorgung eine der höchsten staatlichen Fördermöglichkeiten mit einer Quote von bis zu 90 %.



Unterstützungskasse VBLU

Arbeitgeberbeiträge steuer- & sozialversicherungsfrei einzahlen. Bei der Erweiterung Ihrer Zusatzversorgung hilft der Arbeitgeber.

www.vblu.de



Acht Euro mehr sind nicht genug

Als viel zu niedrig hat der Paritätische die für Januar 2013 geplante Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes um acht auf 382 Euro kritisiert. Die Anpassung beruhe auf einer willkürlich kleingerechneten Datenbasis. Die Bundesregierung begehe damit mutwillig einen erneuten Verfassungsbruch, klagt der Verband. Nach Berechnungen des Paritätischen müsste ein verfassungskonformer Regelsatz mindestens 420 Euro plus einmalige Leistungen betragen.

„Seit Jahren rechnet die Bundesregierung den Regelsatzbedarf in Hartz IV trickreich und willkürlich klein. Es ist ein Skandal, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts derart mutwillig ignoriert und lieber einen erneute Rüge riskiert statt die Leistungen endlich bedarfsgerecht anzupassen“, kritisiert Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Das



Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil vom 9. Februar 2010 die damaligen Regelsätze für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber aufgefordert, die Leistungen in einem sachgerechten Verfahren neu zu ermitteln. Die nun vorgesehene Erhöhung um acht Euro könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Berechnungsgrundlagen statistisch nicht haltbar und die Leistun-

gen für Hartz-IV-Empfänger im Ergebnis nach wie vor deutlich zu niedrig seien, um das Existenzminimum abzudecken. „Alles was die Bundesregierung für eine bedarfsgerechte und verfassungskonforme Berechnung der Regelsätze für Erwachsene braucht, steht mit unseren Gutachten längst zur Verfügung. Es geht hier allein um den politischen Willen“, so Schneider.

Arbeitsverbot für Asylbewerber abschaffen

Als halbgenar politischen Kompromiss hat der Paritätische Gesamtverband die EU-Pläne bezeichnet, das einjährige Arbeitsverbot für Asylbewerber innerhalb der EU-Staaten von jetzt zwölf auf neun Monate zu verkürzen. Der Verband fordert, das Arbeitsverbot müsse unmittelbar nach Beendigung des Erstaufnahmeverfahrens aufgehoben werden, also spätestens nach drei Monaten. „Zur Würde des Menschen gehört auch, dass man für seinen eigenen Lebensunterhalt sorgen darf“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Auch in einem weiteren Punkt sieht der Verband dringenden Reformbedarf: Derzeit gilt für Asylbewerber/-innen bis zum vierten Jahr ihres Aufenthalts ein sogenannter nachrangiger Arbeitsmarktzugang. Das bedeutet,

dass sie eine Arbeit nur dann annehmen dürfen, wenn sich nachweislich kein deutscher oder EU-Bewerber dafür findet. Diese Regelung müsse dringend abgeschafft werden, so Schneider. Sie grenze die Betroffenen teilweise über Jahre vom Erwerbsleben aus und halte sie in Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung. Der Verband bekräftigt zudem seine Forderung, auch das Asylbewerberleistungsgesetz restlos zu streichen und einen verbindlichen Rechtsanspruch von Asylbewerbern auf Leistungen nach SGB II bzw. SGB XII zu schaffen. Neben dem Zugang zu Sprach- und Integrationskursen könnten sie dann auch Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen.

Verfassungsgericht gesteht Flüchtlingen mehr Geld zu

Als Sieg der Menschlichkeit und schallende Ohrfeige für die Bundesregierung bewertet der Paritätische die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, nach der die Leistungen für Asylbewerber in Höhe von 225 Euro monatlich für Erwachsene „evident unzureichend“ und mit dem Grundrecht auf Menschenwürde unvereinbar sind. Es sei eine Schande, dass der Gesetzgeber durch Richter dazu gezwungen werden müsse, der jahrzehntelangen schikanösen Behandlung von Flüchtlingen in Deutschland ein Ende zu setzen, sagte Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider.

Der Verband fordert, das Asylbewerberleistungsgesetz müsse abgeschafft und Asylbewerber mit Hartz-IV- und Sozialhilfebeziehern gleichbehandelt werden.

Frauen und Kinder besser vor Gewalt schützen

Gesetz muss Anspruch auf Hilfe festschreiben

Frauen und Kinder, die von häuslicher und sexualisierter Gewalt bedroht oder betroffen sind, müssen besser geschützt werden. Die Bundesregierung ist gefordert, per Gesetz einen verbindlichen Rechtsanspruch auf entsprechende Hilfs- und Unterstützungsangebote zu schaffen und diese Hilfen auch ausreichend zu finanzieren, fordert ein Zusammenschluss von Verbänden, dem auch der Paritätische angehört. Gestützt wird die Forderung durch ein Gutachten der Rechtswissenschaftler Professor Dr. Joachim Wieland und Professor Dr. Margarete Schuler-Harms. Auch der von der Bundesregierung vorgelegte Bericht zur Situation der Frauenunterstützungseinrichtungen macht die seit Langem von den Verbänden kritisierten Defizite sichtbar.

Schutz und Hilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt sind für Frauen in Deutschland vielerorts wegen Finanzierungsmängeln nicht ausreichend gewährleistet. Jährlich würden 9.000 Frauen von Frauenhäusern abgewiesen, weil es Zuständigkeits- und Finanzierungsprobleme gebe, kritisieren die Verbände. Dies bestätigte auch der Lagebericht der Regierung. „Nur ein verbindlicher Rechtsanspruch sorgt für effektiven Schutz und schnelle Hilfe für betroffene Frauen und ihre Kinder. Die Bundesregierung darf sich nicht länger herausreden, sondern muss endlich ihrem Schutzauftrag nachkommen“, sagte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, anlässlich der Veröffentlichung des Rechtsgutachtens „Der Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe von für Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder“.

Existenz von Einrichtungen in Gefahr

In der Expertise legen die Rechtsexperten Wieland und Schuler-Harms dar, dass der Bund rechtlich verpflichtet sei, den Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher und sexualisierter Gewalt zu gewährleisten. Beauftragt wurden sie mit dem Gutachten von den zum Bündnis gehörenden Verbänden Diakonie, AWO, Caritas, Rotes Kreuz, Sozialdienst katholischer Frauen und Paritätischer Gesamtverband.

„Die derzeitige Finanzierung des Frauenhilfenetzwerks ist ein bunter Flickenteppich aus verschiedenen Finanzierungsmodellen der Länder und Kommunen“, kritisierte Maria Loheide, Vorstandsmitglied der Diakonie. „Wir benötigen eine bundesweite finanzielle Gesamtverantwortung.“ Sonst drohen angesichts der freiwilligen Finanzierung von Frauenhäusern und ambulanten Beratungseinrichtungen weiter Kürzungen, die viele Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdeten.

Unzureichender Schutz hat Folgen

Die unterschiedlichen Finanzierungsregelungen hätten zudem zur Folge, dass manche Frauen – wie Studentinnen oder bestimmte Gruppen von Migrantinnen – von Hilfen ausgeschlossen seien, wenn der Frauenhausaufenthalt nach dem Sozialgesetzbuch II finanziert werde. Im schlimmsten Fall müssten Frauen mit ihren Kindern in Gewaltbeziehungen ausharren oder zum gewalttätigen Partner zurückkehren.

„Ein unzureichender Schutz hat für die Frauen nicht nur weitreichende negative gesundheitliche Auswirkungen, sondern beeinträchtigt auch ihre familiären und sozialen Beziehungen sowie ihre beruflichen Chancen“, betonte AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker. Besonders die Kinder litten oft ein Leben lang unter den Folgen der Gewalterfahrungen.



Steuern Sie Ihr Unternehmen in die Zukunft!

Besuchen Sie uns auf der Consozial 07.-08. November 2012, Nürnberg Halle 7A, Stand 610

Zukunftsweisende Unternehmensplanung und Steuerung erfordert den Einsatz professioneller Software, die Sie permanent unterstützt und von zeitaufwändigen Routinearbeiten entlastet.

XVIEW bietet Ihnen eine optimale Basis für Planung, Simulation, Steuerung und Analyse. Unternehmensplanungen, Prognosen, grafische Analysen, Dashboards, Ampelberichte und ein automatisiertes und professionelles Berichtswesen können einfach und schnell als Basis für Ihre Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

XVIEW ist modular aufgebaut, individuell skalierbar und damit für kleine, mittlere und große soziale Einrichtungen und Unternehmensgruppen optimal geeignet.



Systemmodule

- BASICS
- FINANZPLAN
- GRAFIK & ANALYSE
- OPENX
- REPORTING
- KONSOLIDIERUNG
- KITAS

Gesundheitsförderung muss gesetzlich verankert werden

Vor einer wachsenden Gesundheitskluft in Deutschland hat der Paritätische Gesamtverband in einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) gewarnt. Er appellierte an den Minister, ein Präventionsgesetz auf den Weg zu bringen, um für alle Menschen gleiche Chancen auf ein möglichst gesundes und möglichst langes Leben zu schaffen.

Die gesundheitliche Chancengleichheit in Deutschland ist skandalös. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung sterben im Durchschnitt zehn Jahre früher als die reichsten 20 Prozent“, kritisiert Verbandsvorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock. Schon im Kindergarten manifestierten sich die ungleichen Gesundheitschancen: „Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind nachweislich häufiger von physischen oder psychosozialen Problemen betroffen, die ihr gesamtes weiteres Leben beeinträchtigen können.“

Gesundheit und Lebenserwartung dürften nicht länger vom Geldbeutel abhängen, mahnt der Verband. Er fordert die Einführung eines eigenen Bundesgesetzes für nicht medizinische Primärprävention und Gesundheitsförderung, um bereits erprobte Ansätze zu verstetigen und flächendeckend umzusetzen. „Wir brauchen mehr als Aufklärungs- und Informationskampagnen oder die medizinische Verhinderung von Krankheit durch Impfungen. Wir brau-

chen zielgruppenspezifische Maßnahmen, die dort ansetzen, wo die Menschen sind“, so Rosenbrock. Dazu gehörten Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung, Gesundheitsprogramme in Kindertageseinrichtungen, im Stadtteil und in Wohn- und Betreuungseinrichtungen sowie kultursensible Programme, die auch Migrantinnen und Migranten erreichen.

Auch volkswirtschaftlich sinnvoll

„Jeder Euro, den wir heute in wirkungsvolle Prävention investieren, zahlt sich auch finanziell langfristig aus durch eine Entlastung der Sozialsysteme“, betont Gesundheitsökonom Rosenbrock. Ein entsprechendes Gesetz zur Gesundheitsförderung müsse alle relevanten Akteure in die Pflicht nehmen, Qualitätsstandards sichern und eine verlässliche Finanzierung garantieren. Auch Patientenverbände müssten stärker in die Prävention eingebunden und ihre institutionelle Unterstützung verbessert werden.

Salomon-Neumann-Medaille für Prof. Rolf Rosenbrock

Für herausragende Leistungen in der Sozialmedizin hat die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSMP) dem Vorsitzenden des Paritätischen Gesamtverbands, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, die Salomon-Neumann-Medaille verliehen. Die DGSMP würdigt mit dieser Auszeichnung Rosenbrocks Verdienste um die Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland und sein Engagement gegen soziale Ungleichheit. Mehr unter www.dgsmp.de

Die Forderung nach einem Präventionsgesetz war auch eines der Themen eines Spitzengesprächs zwischen Bundesgesundheitsminister Bahr, dem Vorsitzenden des Paritätischen und Claudia Zinke, Leiterin der Abteilung Rehabilitation und Gesundheit beim Gesamtverband. Bahr betonte, die Bundesregierung plane zwar kein Präventionsgesetz, wolle aber bisherige Maßnahmen zur Prävention zusammenführen und bestehende Strukturen wie die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information optimieren. Zudem arbeite man an der Umsetzung des Nationalen Krebsplans und werde ein Krebsregister einführen.

„Praxisgebühr reformieren“

Für eine grundlegende Reform der Praxisgebühr hat sich der Vorstand des Paritätischen Gesamtverbands ausgesprochen. Die bisherigen Regelungen hätten das Ziel, Kosten zu sparen, deutlich verfehlt, zwängen aber andererseits einkommensschwache Menschen oft dazu, nötige Arztbesuche aufzuschieben. Künftig solle die Praxisgebühr nur noch fällig werden, wenn Versicherte ohne Hausarzt-Überweisung zum Facharzt gingen, fordert Vorsitzender Rolf Rosenbrock. Arztpraxen müssten von unnötigem Bürokratie-Aufwand entlastet und Hausärzte als Regisseure der Versorgung gestärkt werden.



Im Spitzengespräch mit Bundesgesundheitsminister Bahr (l.) setzten sich Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands (r.) und Abteilungsleiterin Claudia Zinke unter anderem für ein Präventionsgesetz und die Stärkung der Patientenrechte ein sowie für die Weiterentwicklung der Integrierten Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Zum Schulstart Geldsorgen

Paritätischer fordert bedarfsgerechte Hilfen

In einem offenen Brief an Bundessozialministerin Ursula von der Leyen hat der Paritätische bedarfsdeckende Hilfen zur Einschulung von Kindern aus Familien mit geringem Einkommen gefordert. Die Leistungen des Schulbedarfspakets reichten nicht aus.

Der Start ins Schulleben ist teuer. Zu teuer, wenn die Familie von Hartz IV oder Sozialhilfe lebt. 178 Euro, so haben Testkäufe des Paritätischen ergeben, kostet beispielsweise die Grundausstattung für Erstklässler – mindestens. Zusätzliche Kosten für Schulbücher und Werkmaterialien sind darin noch gar nicht enthalten. Seit 2009 gibt es für schulische Bedarfe für bedürftige Familien eine staatliche Unterstützung von 100 Euro pro Jahr. Mit Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets werden davon zum Schuljahresanfang 70 Euro ausbezahlt, der Rest zum zweiten Schulhalbjahr. „Die Leistungen des Schulbedarfspakets von 70 Euro zum Schuljahresbeginn liegen damit regelmäßig um mehr als hundert Euro unter dem tatsächlichen Bedarf von Kindern und Jugendlichen“, kritisiert Verbandsvorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock. Familien mit geringem Einkommen verfügten nicht über die Mittel, diese Lücke aus eigener Kraft zu schließen. Sie müssten dafür an anderen Aus-

gaben für das Notwendigste sparen. Die betroffenen Kinder bekämen so ihre soziale Lage mit der Gefahr der Ausgrenzung deutlich vor Augen geführt. „In einem der reichsten Länder der Welt müssen und dürfen wir uns mit dieser Situation nicht abfinden“, mahnt der Vorsitzende des Paritätischen.

Konzept „Kinder verdienen mehr“

Die Höhe der staatlichen Hilfe sei willkürlich festgelegt, weder bedarfs- noch realitätsgerecht und widerspreche den verfassungsrechtlichen Vorgaben, kritisiert der Paritätische. In späteren Schuljahren sei die Differenz sogar noch deutlich größer. Zum 1. April 2011 seien zudem einige Schulmaterialien wie etwa Buntstifte aus der Berechnung des Hartz-IV- und Sozialhilferegelsatzes herausgenommen worden, da diese angeblich mit dem neu eingeführten Bildungs- und Teilhabepaket abgedeckt seien.

Gemeinsam mit zahlreichen Organisationen wie dem Deutschen Kinderschutzbund und SOS Kinderdorf hat der Ver-

band das Konzept „Kinder verdienen mehr“ vorgelegt. Es zeigt, wie der Anspruch von Heranwachsenden auf Bildung und Teilhabe bedarfsgerecht und unbürokratisch eingelöst werden kann: unter anderem durch die bedarfsgerechte Gestaltung der Regelsätze, die Wiedereinführung einmaliger Leistungen – etwa für die Einschulung – und die Berücksichtigung wiederkehrender atypischer Bedarfe wie Nachhilfe. Zudem müsse im Kinder- und Jugendhilfegesetz ein individueller Rechtsanspruch auf Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen verankert werden.

Umfrage zum Bildungs- und Teilhabepaket

Während die Ministerin in ihrer Antwort auf den offenen Brief betonte, die Bundesregierung werde mit dem 2011 eingeführten Bildungspaket ihrer „besonderen verfassungsrechtlichen Verantwortung zur Sicherung des spezifischen soziokulturellen Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen gerecht“, hält der Paritätische dies für nicht ausreichend. Um seine Kritik mit aktuellen Erfahrungen aus der Praxis zu untermauern, hat der Verband eine Umfrage durchgeführt, die deutlich machen soll, was von den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets konkret bei den Betroffenen ankommt. Das umfasst auch Mittel für Schulsozialarbeit bzw. Hortmittagessen. Ansprechpartnerin ist Mara Dehmer, Referentin für kommunale Sozialpolitik, E-Mail: kommunales@paritaet.org, Tel.: 030/24636345.

Auf www.kinder-verdienen-mehr.de finden Interessierte weitere Informationen über aktuelle Positionen und Aktivitäten des Gesamtverbands. Dort können Unterstützer/-innen auch den Aufruf unterzeichnen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Kinderarmut wirkungsvoll zu bekämpfen.

Armutsfeste Rente statt „Sozialhilfe plus“

Seit Jahren hat der Paritätische Gesamtverband vor der drohenden Zunahme der Altersarmut gewarnt. Nun hat auch Bundesarbeits- und Sozialministerin von der Leyen die Bevölkerung mit alarmierenden Zahlen konfrontiert. Millionen Durchschnittsverdienern drohe im Alter der Gang zum Sozialamt, wenn sie nicht privat für den Ruhestand vorgesorgt hätten. Der Vorschlag der Ministerin, langjährig Versicherten unter bestimmten Umständen einen bedarfsabhängigen Zuschlag zur Rente zu zahlen, ist aus Sicht des Paritätischen jedoch ungeeignet, die drohende Altersarmut wirksam zu bekämpfen. Der Verband

sieht darin eher eine „Sozialhilfe plus“. Gerade Selbstständige, viele Frauen, die Kinder erzogen haben, und Menschen, die längere Zeit arbeitslos waren, blieben von dieser Leistung häufig ausgeschlossen. Der Paritätische warnte auch davor, eine neue, zusätzliche „Prüfungsbürokratie“ zu schaffen. Der Verband fordert, die Kürzungen bei der Rente müssten gestoppt und die solidarischen Elemente in der Rentenversicherung gestärkt werden.

Auch der Sozialverband VdK und die Volkssolidarität halten das Zuschuss-Konzept von Ursula von der Leyen für unzureichend.



Hamburg: Eine Menschenkette verteilt Geldsäcke um. Mit dabei vom Paritätischen waren unter anderem – erstes Bild von links – Joachim Speicher (Geschäftsführender Vorstand des LV Hamburg), Günter Ernst-Basten (Vorstand des LV Schleswig-Holstein), Ralf Lange (Hamburger Koordinierungsstelle Mehr Männer in Kitas) sowie Dr. Wilma Simon, Verbandsratsvorsitzende des LV Hamburg (Foto rechts) und Praktikantin Sarah Schoenewald (Mitte).



Berlin: Auch Kolleginnen und Kollegen aus der Hauptgeschäftsstelle zeigen Flagge.

Bündnis Umfairteilen:

40.000 Menschen in 40 Städten – von Hamburg über Frankfurt am Main bis nach München, von Bochum über Berlin bis nach Dresden – sorgten beim bundesweiten Aktionstag des Bündnisses „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ für einen „echten Durchbruch in der Gerechtigkeitsdebatte“, wie Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, betonte. „Die überwältigende Resonanz auf die Auftaktveranstaltung des Bündnisses zeigt, dass die Sorge um die Zukunft unseres Sozialstaats und die Einsicht in die Notwendigkeit einer gerechten und solidarischen Steuerpolitik in der Mitte der Bevölkerung angekommen sind“, sagte Schneider, der mit Ver.di-Chef Frank Bsirske und Jutta Sundermann vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac sowie Griechenlands-Oppositionsführer Alexis Tsipras zu den Hauptrednern des Aktionstags gehörte. Nach dem deutlichen Signal, das mit dem Aktionstag gesetzt wurde, steht für Schneider



Drei von vielen engagierten Paritätären in Hessen (von links): Heidi Schlütter, Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit, Geschäftsführer Günter Woltering und Vorsitzender Dr. Wolfgang Werner.



München: Sie alle bekommen nichts ab vom großen Kuchen – Alleinerziehende, Minijobber, Rentner und Erzieher/-innen.



Oberhausen: Ein bunter Schutzschirm fürs Soziale! Peter Jötten von der Kreisgruppe (rechts) mit Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider.



Köln: Starke Präsenz des Paritätischen. Mit dabei in der vorderen Reihe (Zweiter von links) Landesverbands-Geschäftsführer Hermann Zaum. Rechts hinter ihm: Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, der auch als Redner auf der Bühne stand. In Köln kamen rund 4.000 Teilnehmer zur Kundgebung, in Berlin 5.000. In Bochum waren es 6.000, in Frankfurt am Main 5.000 und in Hamburg 7.000.

40.000 beim Aktionstag

fest, „dass im Wahlkampf 2013 keine Partei mehr an der Frage der Umfairteilung vorbeikommen wird“. Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, betonte: „Die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich spaltet die Gesellschaft. Die großen Vermögen, Spitzenverdiener und große Erbschaften müssen wieder mehr zur Finanzierung staatlicher Aufgaben beitragen.“ Nur so könnten dringend nötige Investitionen in Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche, in Pflege und Bildung getätigt und die sozialen Sicherungssysteme erhalten werden. Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ gehören zahlreiche bundesweit tätige zivilgesellschaftliche Organisationen sowie lokale Initiativen an: unter anderem Attac und Campact, Gewerkschaften und Sozialverbände wie der Paritätische, Sozialverband VdK und Volkssolidarität, aber auch Migrantinnen- und Jugendverbände. Weitere Infos: www.umfairteilen.de.



Mittendrin: Aktive der Volkssolidarität in Berlin.



Bochum: Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, war einer der Hauptredner des Aktionstags. Er ist überzeugt: Die Einsicht in die Notwendigkeit einer gerechten und solidarischen Steuerpolitik ist in der Mitte der Bevölkerung angekommen.



Bremen: Gerd Wenzel, Vorsitzender des Paritätischen Landesverbands: Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Umfairteilung tut Not.

Fotos: Bündnis Umfairteilen, Denise Zimmermann, Martin Wißkirchen, Barbara Helfrich, Ulrike Bauer, Christian Böhme, Alfred Spieler, Paritätischer Bayern

Gemeinsam sind wir dran!

Kompetenzzentrum hilft, das Persönliche Budget voranzubringen

Das Persönliche Budget ist ein wichtiges Instrument, um die Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben zu stärken. Damit die Umsetzung in der Praxis besser vorankommt, unterstützt das Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Gesamtverbands im Rahmen seines Projekts e-Strategie mehrere Modellkommunen. Eine davon ist der Modellkreis Wesel am Niederrhein mit acht Städten und Gemeinden.

Information, Beratung und Unterstützung sind die wichtigsten Schlüssel für den Erfolg des Persönlichen Budgets“, sagt Felissa Mühlich. Die Referentin im Kompetenzzentrum Persönliches Budget erfährt durch Anrufe und E-Mails sowie bei Veranstaltungen immer wieder, dass nicht nur Menschen mit Behinderung und deren Angehörige einen großen Informations- und Beratungsbedarf haben, wie das Persönliche Budget genau funktioniert. Auch für Beschäftigte von Kostenträgern wie Kommunen oder Krankenkassen und von Leistungserbringern, also etwa Werk-

Der Modellkreis Wesel wird getragen vom Paritätischen Landesverband Nordrhein-Westfalen und der Kreisgruppe Wesel, dem Kreis Wesel als örtlichem und dem Landschaftsverband Rheinland als überörtlichem Sozialhilfeträger sowie dem Paritätischen Kompetenzzentrum Persönliches Budget. Darüber hinaus sind alle Interessierten und Akteur/-innen vor Ort eingeladen, sich am Umsetzungsprozess für das Persönliche Budget zu beteiligen. Zweite Modellregion ist der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. 2011 waren bereits Kiel und Erfurt Modellkommunen. Nähere Informationen gibt es auf www.budget.paritaet.org unter Modell-



Patrick Schrör (links) und Marcel Lomertin (rechts) leben seit Mai zusammen mit zwei anderen jungen Männern in einer Wohngemeinschaft, die von SEWO – Selbstbestimmtes Wohnen betreut wird. Das Persönliche Budget macht's möglich. Dass es das Angebot gibt, dafür sorgen unter anderem SEWO-Leiter und Diplom-Sozialpädagoge Björn Klomp (zweiter von Links) sowie sein Kollege Dominic Grimm (rechts neben ihm). Foto: Bauer

stätten für Menschen mit Behinderung, ist das 2001 geschaffene Instrument noch mit vielen Fragen und Unsicherheiten verbunden.

Das Prinzip klingt einfach: Damit Menschen mit Behinderung selbst bestimmen können, welche Unterstützung sie von wem erhalten, wird ihnen ein Persönliches Budget ausgezahlt. Und zwar von den Leistungsträgern: Das sind unter anderem die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung, Integrationsäm-

kommen. Auf www.budgetaktiv.de besteht für Interessierte zudem die Möglichkeit, Informationen und Erfahrungen auszutauschen. Die Begleitung der Modellkommunen läuft im Rahmen des Projekts „e-Strategie Persönliches Budget: Vor Ort handeln – Online informieren, beraten, vernetzen, beteiligen!“ des Paritätischen Kompetenzzentrums.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert. Eine Infobroschüre des Landschaftsverbands Rheinland zum Persönlichen Budget in leichter Sprache kann bestellt werden auf lvr.de in der Rubrik Publikationen.

ter, Pflegekassen, Arbeitsagenturen oder Sozialhilfeträger. Mit diesem Persönlichen Budget, das sich am individuellen Bedarf orientiert, können die Betroffenen entweder selbst als Arbeitgeber Assistenten einstellen oder bei Leistungserbringern wie Werkstätten oder dem Ambulant betreuten Wohnen die gewünschte Unterstützung einkaufen: Das kann beispielsweise eine Assistentkraft sein, die der querschnittsgelähmten Juristin im Rollstuhl bei der Recherche in der Bibliothek hilft, oder der Betreuer, der einen jungen Mann mit Down Syndrom bei der Arbeit in der Kita unterstützt.

Budgetassistenz noch unbefriedigend

Doch was ist, wenn beispielsweise auf dem Land dafür genügend geeignete Assistenzkräfte fehlen, wie Karin Schuster-Liebenau, Mutter eines 28-jährigen Sohnes mit Down Syndrom und Autismus beklagte? Oder wenn jemand aufgrund seiner eingeschränkten geistigen Fähigkeiten nicht in der Lage ist, solche Kräfte zu finden, ihren Einsatz zu koordinieren und die Bezahlung zu regeln? Dann bräuchte er oder sie eine Budgetassistenz. Doch meist wird diese von Leistungsträgern nicht extra finanziert mit dem Hinweis, das Geld dafür müsse vom

bewilligten Budget genommen werden. Dann aber steht es nicht mehr für die Leistungen zur Verfügung, für die es vorgesehen ist. „Beratung und Unterstützung beim Persönlichen Budget müssen finanziert werden“, lautete denn auch eine Forderung bei der vom Kompetenzzentrum organisierten Veranstaltung „Gemeinsam sind wir dran! – Jetzt das Persönliche Budget umsetzen!“ Diese fand im Sommer in Moers statt und hatte das Ziel, gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren im Kreis Wesel eine Handlungsplanung zu erstellen, mit der die Umsetzung des Persönlichen Budgets im Modellkreis im zweiten Halbjahr weiter vorangebracht werden soll.

Stärkere Vernetzung

Bislang gibt es im Kreis Wesel etwas mehr als 50 solcher Budgets. Eine Zahl, die noch steigerungsfähig sein dürfte, wie Tagungs-Organisatorin Felissa Mühlich meint. „Wir helfen im Rahmen unseres Projekts, regionale Lösungen zu finden, die eine stärkere Nutzung des Persönlichen Budgets fördern.“ Nur durch eine stärkere Vernetzung aller Akteure und einen gemeinsamen Umsetzungsprozess gelinge es, alle wichtigen Aspekte vor Ort zu berücksichtigen und zum Teil strukturelle Hemmnisse abzubauen. „Wir unterstützen das Pro-

jekt gerne, weil es ein guter Weg ist, Strukturen zu verbessern“, sagte Olaf Bauch vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) bei der Veranstaltung des Kompetenzzentrums. Es gebe immer noch Hindernisse, die einer stärkeren Nutzung des Persönlichen Budgets entgegen stünden: widersprüchliche Gesetzeslagen, mangelnde Beratung und falsche Aufklärung gehörten dazu. Und, so Olaf Bauch: „Menschen mit Behinderung Selbstverantwortung zuzutrauen, fällt vielen Beteiligten noch schwer.“ Eine spezielle Hilfe-Art „Budgetassistenten“ hält der LVR allerdings für grundsätzlich nicht erforderlich: Die nötige Unterstützung beim Umgang mit Geld oder bei der Kommunikation könne im Rahmen der ambulanten Wohnhilfe geleistet werden.

Die WG als Erfolgsbeispiel

Es gibt Erfolgsbeispiele, von denen sich lernen lässt. Das von Patrick Schrör (23) und Marcel Lomertin (21) gehört dazu. Sie wohnen seit März mit zwei anderen jungen Männern in einer Wohngemeinschaft, die von SEWO – Selbstbestimmtes Wohnen betreut wird. Die beiden jungen Männer genießen es, endlich auf eigenen Füßen zu stehen. Auch wenn das Leben zuhause bei den Eltern völlig okay war. „Mein Vater hat mir morgens

immer das Müsli gemacht“, sagt Patrick. Jetzt muss er, bevor er in die Werkstatt fährt, selbst dafür sorgen, dass er etwas in den Magen bekommt. Aber wenn er irgendwo Unterstützung braucht, ist natürlich ständig jemand in der WG, den er ansprechen kann: In der Regel ist es sein Bezugsbetreuer. „Den habe ich mir selbst ausgesucht. Und wenn er nicht macht, was ich will, kann ich ihm kündigen“, sagt Patrick humorvoll und selbstbewusst.

Beratungsstrukturen verbessern

Die unterschiedlichen Perspektiven von Budgetnehmer/-innen und Angehörigen, Selbsthilfeinitiativen, Leistungsträgern und Leistungserbringern ausleuchten, die Vernetzung der verschiedenen Akteure fördern und Möglichkeiten zum Austausch schaffen, Informationsmaterial entwickeln und Beratungsstrukturen verbessern – das sind nur einige von unzähligen Schritten, die das Kompetenzzentrum im Rahmen des Modellprojekts im Kreis Wesel angestoßen hat. „Das Projekt bringt viele Erkenntnisse, mit denen wir auch nach seinem Ende noch weiterarbeiten können“, ist Rainer Erdmann vom Fachbereich Soziales des Kreises Wesel überzeugt.

Ulrike Bauer

Günter Petry ist neuer Landesvorsitzender in Baden-Württemberg

Dr. Günther Petry, Oberbürgermeister der Stadt Kehl, ist neuer Landesvorsitzender des Paritätischen in Baden-Württemberg. Petry ist seit fast 25 Jahren in der Kommunalpolitik tätig und will das humanistische Menschenbild als verbindendes Element des pluralen Dachverbandes weiter schärfen, wie er in seiner Antrittsrede betonte.



Dem Paritätischen Landesverband Baden-Württemberg und seinen Mitgliedsorganisationen ist Dr. Petry seit Jahren eng verbunden – als Vorsitzender des Paritätischen Kreisverbands Ortenaukreis, als Mitglied im Kreistag des Orten-

aukreises und Mitglied im Sozialausschuss des Städtetags Baden-Württemberg.

Petrys Amtsvorgänger Gerd Weimer wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung für seine großen Verdienste um den Verband mit der goldenen Ehrennadel des Paritätischen Baden-Württemberg ausgezeichnet. Seit 2005 war Gerd Weimer Landesvorsitzender und damit auch ein wichtiger Vertreter des Landesverbandes im Verbandsrat und in der Konferenz der Vorsitzenden im Gesamtverband. Nach seiner Berufung zum ehrenamtlichen Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen im Herbst 2011 hat Gerd Weimer sein Amt zuerst ruhen lassen und dann zur Verfügung gestellt. Weimer habe sich

während seiner gesamten Amtszeit als Landesvorsitzender in einem außergewöhnlichen Umfang und mit großer Intensität ehrenamtlich für die Belange des Paritätischen Landesverbands und seiner rund 800 Mitgliedsorganisationen engagiert, betonte die stellvertretende Landesvorsitzende Birgit Bender in ihrer Laudatio. „Von Anfang an war ihm ein intensiver Kontakt zur Basis und zu den 38 Kreisverbänden des Paritätischen im Land wichtig.“ Dabei sei es Gerd Weimer ein besonderes Anliegen gewesen, gesellschaftspolitisch relevante Themen wie Inklusion, Bildung, Bürgerbeteiligung und kommunalpolitische Mitgestaltung voranzubringen, um wichtige Impulse für die Teilhabe aller Menschen an unserer Gesellschaft zu setzen.

Bessere Hilfen – weniger Zwang!

Diskussion über freiheitsbeschränkende Maßnahmen in der Psychiatrie

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat den Schutz von Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen vor freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in der Psychiatrischen Versorgung verstärkt in den Blickpunkt gerückt. Der Paritätische Gesamtverband hat dazu ein Positionspapier erarbeitet. Öffentlich präsentiert wurde es bei einer Fachtagung mit dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft. In deren Mittelpunkt stand die Teilhabe von Menschen mit psychischer Beeinträchtigung im Spannungsfeld von Selbstbestimmung, Freiheit und Zwang.

Die von der UN-Behindertenrechtskonvention angestoßene Diskussion um die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte von Menschen mit Behinderungen betrifft eine Vielzahl von Engagierten unter dem Dach des Paritätischen: Dazu gehören sowohl Selbsthilfeorganisationen psychisch erkrankter Menschen als auch Angehörigen-Initiativen und freie Träger, die sich für den Auf- und Ausbau wohnortnaher personenzentrierter sozialpsychiatrischer Angebote engagieren. Sie sind überzeugt: Frühzeitige, individuelle angepasste Hilfen könnten die Anwendung von Zwangsmaßnahmen in psychischen Krisensituationen meist überflüssig machen. Alternative Angebote für Menschen, die wegen der Gefahr, dass sie sich selbst töten oder erheblichen gesundheitlichen Schaden zufügen beziehungsweise Fremde gefährden könnten, in eine geschlossene Einrichtung eingewiesen würden, seien bislang aufgrund der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen allerdings kaum zu realisieren, betonte Claudia Zinke. Die Leiterin

der Abteilung Gesundheit und Rehabilitation beim Paritätischen Gesamtverband ist zugleich Mitverfasserin des Paritätischen Positionspapiers „Freiheitsbeschränkende Maßnahmen in der psychiatrischen Versorgung“. (Siehe auch www.der-paritaetische.de unter Publikationen)

„Unabdingbares Mindestmaß“

Mehr gemeindenahere personenzentrierte Hilfen für Betroffene und Angehörige sowie Schutzräume für Menschen in psychischen Krisensituationen sind aus Sicht des Verbands jedoch eine wichtige Voraussetzung, um Zwangsmaßnahmen gegen psychisch kranke Menschen auf ein unabdingbares Mindestmaß reduzieren zu können. Dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, ist eine der zentralen Forderungen aus dem Positionspapier des Paritätischen. Darüber hinaus müssten sowohl das Bürgerliche Gesetzbuch als auch die jeweiligen Ländergesetze (Psychisch-Krankenhilfe-Gesetze) an die Forderungen der UN-Konvention angepasst werden. Hilfreich wären zudem Kriterien

für Maßnahmen, die als letztes Mittel zur Bewahrung des Lebens und der Gesundheit ergriffen werden können. Diese seien – vor allem – gemeinsam mit den Interessenverbänden der Psychiatrickerfahrenen und der Menschen mit Behinderung zu erarbeiten.

Zwangsmaßnahmen wie Einweisungen in geschlossene Einrichtungen, die medikamentöse Behandlung gegen den Willen der Betroffenen und das Festgurren am Bett waren denn auch einer der zentralen Diskussionspunkte der Fachtagung von Paritätischem Gesamtverband und dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft in Berlin. Zu den rund 130 Teilnehmenden gehörten sowohl Psychiatrickerfahrene als auch Angehörige und Professionell Tätige wie Beschäftigte Paritätischer Träger, sozialpsychiatrischer Dienste, Integrationsfachdienste, gesetzliche Betreuer/-innen, Fachärzte/innen und Juristen/-innen und viele andere.

Ruth Fricke vom Bundesverband Psychiatrickerfahrene e.V. hob hervor, dass Zwangsmaßnahmen dazu führ-



Diskussion zum Thema Selbstbestimmung und Zwang bei psychischen Erkrankungen. Von links nach rechts: Ingo Ulzhoef, Margret Osterfeld (Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie), Dr. Katrin Grüber (IMEW), Michael Rottig (Sozialpsychiatrischer Dienst Berlin), Christian Reumschüssel-Wienert (Paritätischer Landesverband Berlin) und Jurist Dr. Heinz Kammeier.

ten, dass psychische Erkrankungen chronisch und die Betroffenen schwer traumatisiert würden. Sie forderte, das Versorgungssystem müsse dringend in ein Hilfesystem umgewandelt werden: „Versorgt wird man, Hilfe kann man sich aussuchen.“ Das Vertrauen ins Hilfesystem sei Voraussetzung für eine erfolgreiche Therapie. „Wenn ich in Handschellen in eine geschlossene Einrichtung verschleppt werde, habe ich dieses Vertrauen verloren.“ Die ambulante Betreuung müsse den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden, wie das etwa bei Hometreatment-Modellen der Fall sei, betonte Fricke. Und auch die Funktion von gesetzlichen Betreuern müsse umgewandelt werden: von der Stellvertreter zur Assistenzrolle. Eine Forderung, die auch von Ingo Ulzhofer untermauert wurde, der selbst psychiatrieerfahren ist und als Genesungsbegleiter arbeitet: „Alle anderen wissen besser, wie es mir geht und was ich brauche als ich selbst“, sagte er. Statt Fremdbestimmung wünsche er sich Menschen, die in einer Krise „an meiner Stelle das Licht am Ende des Tunnels sehen.“

Sozialrechtsexperte Roland Rosenow betonte, dass die Verbesserung der gemeindenahen ambulanten Unterstützung aus

menschrechtlichen Gründen auch durch das Grundgesetz untermauert werde. Denn oft schaffe erst das Fehlen von Unterstützungssystemen Situationen, in denen die Grundrechte psychisch kranker Menschen verletzt würden. Gleichwohl bezog er nicht generell Position gegen Zwangsmaßnahmen. Es gebe durchaus besondere Situationen, in denen es geboten sei, diese gegen den Willen der Betroffenen zu ergreifen. In solchen Fällen unter dem Stichwort Selbstbestimmung das Recht auf Krankheit zu postulieren und zu sagen: „Die Kranken können bleiben wie sie wollen“, könne letztlich bedeuten: „...wenn sie sterben ist es auch egal.“

„Ausdruck von Hilflosigkeit“

Zwangsmaßnahmen seien immer auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit des Hilfesystems im Umgang mit psychisch kranken Menschen in einer akuten Krise, betonte Christian Reumschüssel-Wienert, Fachreferent für Psychiatrie beim Paritätischen Landesverband Berlin. Er bezeichnete es als Herausforderung an die Profis „Formen der Therapie, Begleitung und Assistenz für psychisch kranke Menschen zu entwickeln, die auf eine Einwilligung ausgerichtet

Laut Artikel 14 der UN-Behindertenrechtskonvention gewährleisten die Vertragsstaaten, dass Menschen mit Behinderung – also auch Menschen mit psychischer Behinderung – „gleichberechtigt mit anderen das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit genießen“ und „dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Freiheit nicht rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird, dass jede Freiheitsentziehung im Einklang mit dem Gesetz erfolgt und dass das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt“.

und partnerschaftlich sind“. Dazu ist aus Sicht des Paritätischen neben der Beteiligung der Betroffenen auch eine bessere Ausbildung von Juristen/-innen, Beschäftigten von Betreuungsbehörden, bei der Polizei und anderen Institutionen erforderlich. Diese hätten oft keine Qualifikationen im Umgang mit psychisch kranken Menschen in Krisensituationen und wüssten zu wenig über Alternativen zu Zwangsmaßnahmen. Auch aus Angst vor Fehlentscheidungen und damit verbundener Haftung würden alternative Möglichkeiten kaum geprüft.

Verbandsrat bestätigt Vorstandsmitglieder

Nachdem Professor Dr. Rolf Rosenbrock im März zum Vorsitzenden des Paritätischen Gesamtverbands gewählt wurde, stand turnusgemäß die Wahl weiterer Vorstandsmitglieder an. Der Verbandsrat bestätigte im September Cord Wellhausen, Vorsitzender des Paritätischen Nordrhein-Westfalen, und Josef Schädle (Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) als stellvertretende Vorsitzende. Ebenfalls wiedergewählt wurden die Vorsitzende des Paritätischen in Berlin, Professor Dr. Barbara John, und der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, Achim Meyer auf der Heyde. Neu im Vorstand ist Ulla Klapproth, Verbandsratsvorsitzende des Paritätischen Niedersachsen.

Ehrung für Dr. Bernd Niederland

Dr. Bernd Niederland, der aus Verbandsrat und Vorstand ausgeschieden ist, wurde für seine besonderen Ver-

dienste um den Paritätischen mit der goldenen Ehrenplakette des Gesamtverbands ausgezeichnet. Der ehemalige Geschäftsführer des Bundesverbands der Volkssolidarität habe sich als Verbandsrats- und Vorstandsmitglied sowie als Sprecher der Konferenz der Überregionalen Mitgliedsorganisationen mit hohem persönlichem Einsatz sozial- und verbandspolitisch engagiert und die Arbeit sowie die Entwicklung des Paritätischen maßgeblich mitgeprägt. „Dr. Bernd Niederland gehört zweifelsohne zu den Persönlichkeiten, die der Freien Wohlfahrtspflege besonders in der Zeit nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland ein Gesicht gegeben haben“, betonte Rosenbrock, der Niederland die höchste Auszeichnung des Verbands überreichte. Bernd Niederland habe wesentlich zum Zusammenwachsen zweier sozialstaatlicher Systeme beigetragen und am Aufbau einer neuen

Rosenbrock im Präsidium des Deutschen Vereins

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, ist im September neu ins Präsidium des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. gewählt worden.

sozialen Infrastruktur in den östlichen Bundesländern mitgewirkt. Besonders hob Rolf Rosenbrock auch die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Paritätischem und der Volkssolidarität hervor, die Bernd Niederland stets sehr am Herzen gelegen habe. „Sie, Herr Dr. Niederland, haben nicht nur für die Volkssolidarität das Erreichte in schwerer Zeit fortgeführt und ausgebaut. Sie haben auch im Paritätischen tatkräftig mitbewegt, mitinitiiert, moderiert und gestaltet“, so Rolf Rosenbrock.

„Die soziale Arena Schule ist strapaziös“

Fachtagung „Soziale Arbeit an Grundschulen – eine Idee breitet sich aus“

Sozialarbeit an Grundschulen ist eher noch die Ausnahme. Aber sie gewinnt stark an Bedeutung. Jetzt fließen sogar Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in den Auf- und Ausbau von Schulstationen im Primarbereich. Doch die Praxiserfahrungen zeigen: Das Anforderungsprofil an Grundschulen unterscheidet sich deutlich von dem der Gesamt-, Mittel-, Sekundar-, Ober- und Hauptschulen, wo Schulsozialarbeit bereits eine mehr als 30-jährige Tradition hat. Der Austausch über unterschiedliche methodische Ansätze nahm daher im September einen breiten Raum ein auf der Fachtagung „Soziale Arbeit an Grundschulen – eine Idee breitet sich aus“.

An der Berliner Otto-Wels-Schule haben fast alle Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Und fast ebenso viele von ihnen kommen aus Familien, die vom Hartz-IV-Regelsatz leben. Die finanzielle Not der Familien, beengte Wohnverhältnisse und häufig auch soziale Probleme prägen den Alltag vieler Kinder. Häufig haben die Eltern Schwierigkeiten, ihnen den nötigen Halt im Leben zu geben und brauchen Unterstützung in Erziehungsfragen. Das stellt die Grundschule, die bis zur sechsten Klasse geht, vor besondere Herausforderungen. Einerseits gibt es einen beachtlichen Anteil von Kindern, die eine Empfehlung fürs Gymnasium erhalten, andererseits aber auch etliche, die vom regulären Schulalltag überfordert sind und besondere Betreuung benötigen. Beispielsweise in der werkpädagogischen Gruppe, die von einem pädagogischen Team des Pestalozzi-Fröbel-Hauses angeboten wird. Sozialpädagogin Saskia Vogt und Werkpädagogin Bernd Richter-Lamrini arbeiten pro Woche zweimal zwei Stunden mit ei-



Schulsozialarbeit bezieht auch das soziale Umfeld der Kinder ein. Malerin Susanne Dämmrich (zweite von rechts) hat mit Grundschulkindern den Innenhof eines Wohnblocks in Berlin-Kreuzberg bunt gestaltet. Zum Leitthema Respekt malten die Jungen und Mädchen in Kreisen Szenen, die beispielsweise von Freundschaft, Toleranz und dem Umgang mit Konflikten handeln. Im Rahmen der Tagung stellte Dämmrich das Projekt vor. Foto: Bauer

ner Gruppe von zwölf Kindern handwerklich und künstlerisch in der Werkstatt, gestalten mit ihnen den Schulgarten und knüpfen auch enge Kontakte zu den Eltern. Jungen und Mädchen, die im Unterricht entweder ganz still und zurückgezogen sind oder andere, die durch auffälliges Verhalten stören, können in der werkpädagogischen Gruppe ihre Stärken zeigen. Die Erfolgserlebnisse, die sie dort erfahren, helfen ihnen, einen positiveren Zugang zum Lernen zu finden. Denn zur künstlerischen Arbeit gehören beispielsweise auch Aufgaben wie Holz ausmessen und Material berechnen – da bekommt Mathematik dann plötzlich eine ganz andere Bedeutung. Und so lernen die Kinder im Werkraum, sich Ziele zu stecken, dran zu bleiben, auch Frustration zu bewältigen, ohne auszuflippen oder alles hinzuwerfen.

Humanere Schule

„Das sind ganz wunderbare Kinder“, sagt Bernd Richter-Lamrini, der mit seiner Kollegin immer wieder erlebt, wie wichtig es ist, bei jedem Mädchen

und Jungen nach einem individuellen Zugang zu suchen und der Beziehungsarbeit den nötigen Raum zu geben. Gerade die vermeintlich schwierigen Schüler seien es, die das System Schule zwingen, humaner zu werden, ist der Werkpädagoge überzeugt.

Unterschiedliche Konzepte

Der Werkpädagogische Unterricht war eines von insgesamt neun Projekten an verschiedenen Berliner Grundschulen, welche die 190 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung in Kleingruppen besuchen konnten, um sich direkt in der Praxis unterschiedliche Ansätze der Sozialarbeit im Primarbereich anzuschauen. In Berlin gibt es die reichlich. An rund 200 von 404 Grundschulen sei inzwischen die Schulsozialarbeit – mehr oder weniger – etabliert, bei 74 in Form von Schulstationen, berichtete Dr. Thomas Pudelko, Fachreferent für Jugendsozialarbeit und Schule beim Paritätischen Gesamtverband. Die Finanzierung erfolgt aus unterschiedlichen Quellen: mal über Hilfen zur Erziehung, mal über den

Europäischen Sozialfonds und neuerdings auch aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets. Dennoch ist die Existenz vieler Projekte immer wieder in Frage gestellt. So manches Schulprojekt konnte nur durch massiven Protest von Eltern, Lehrern, Schülern und engagierten Unterstützern vor dem Ausgerettet werden. „Soziale Arbeit an Schulen muss einen ebenso selbstverständlichen Platz in den Bildungsetats erhalten, wie die Schule“, forderte Thomas Pudelko. Und zwar nicht nur an Schulen, an denen es einen besonderen Problemdruck gebe.

Plädoyer für ein Bundesgesetz

Rüdiger Niemann vom Schulamt der Stadt Frankfurt am Main glaubt, dass dafür ein Bundesgesetz geschaffen werden müsse, ähnlich wie beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige. Gegen die Summen, die dafür aufgebracht werden müssten, sei die Schulsozialarbeit geradezu „ein Schnäppchen“. Derzeit sei allerdings angesichts der Schuldenbremse und der Verschuldung der Kommunen eher zu befürchten, dass sie als freiwillige Leistung eher zurückgefahren und nicht ausgebaut werde. Das sei umso bedauerlicher, als die Wirkungsforschung die präventive Bedeutung von Schulsozialarbeit hinlänglich bewiesen habe. „Wir geben gigantische Summen aus für Hilfen zur Erziehung, also reaktive Hilfen“, betonte Niemann und setzte hinzu: „Wir müssen Kosten und Investitionen umsteuern in den präventiven Bereich.“ Dazu sei es notwendig, Kinder ganzheitlich zu betrachten und die starke Versäulung von Schulamt und Jugendamt zu lockern.

Spaltung in der Gesellschaft – Risse in den Lerngruppen

Noch schein die Sonne der sozialen Bildung und der Hilfe zur Bewältigung des Schulalltags an Grundschulen eher zufällig, betonte auch Professor Dr. Karlheinz Thimm von der Evangelischen Hochschule Berlin, die gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband die Tagung ausrichtete. „Spaltungen in der Gesellschaft führen nicht selten zu Rissen in den Lern-

gruppen“, erklärte der Professor für Soziale Arbeit. Kinder aus benachteiligten Milieus erführen auch in der Schule häufiger Benachteiligung: mehr Ablehnung durch Lehrkräfte und Mitschüler/-innen, mehr Konflikte und stärkere Überlastungsgefühle sowie deutlich mehr Probleme, den Lernstoff zu bewältigen. Schulsozialarbeit sei daher eine wichtige Säule, Bildungsbenachteiligung zu begegnen. Darüber hinaus ist soziale Arbeit an der Schule aus Thimms Sicht aber auch generell „die Adresse für die soziale Seite des Schüler-Seins... Die soziale Arena Schule ist strapaziös.“ Schulstationen seien wichtige Orte, die überlasteten Kindern Schutz, Entlastung und Ruhe böten, betonte Thimm. Sie könnten präventiv tätig werden, bevor sich problematische Entwicklungen verfestigen.

Kein klar umrissenes Aufgabenfeld

Als Oberbegriff für intensive, kontinuierliche sozialpädagogische Angebote an Schulen in Kooperation mit Lehrkräften und Akteuren der Jugendhilfe habe die Schulsozialarbeit jedoch häufig kein klar umrissenes Aufgabenfeld. Dies berge die Gefahr, „Libero für alles Schwierige zu werden“. Die Entwicklung fachlicher Standards spiele daher eine wichtige Rolle. Anregungen hierfür erhielten die Teilnehmer/-innen der Tagung nicht nur bei den Projektbesuchen, sondern auch in acht Arbeitsgruppen, die sich beispielsweise mit dem Anforderungsprofil der Sozialarbeit an Grundschulen, unterschiedlichen methodischen Ansätzen

Bundeskongress Schulsozialarbeit

Zur Tagung „Soziale Arbeit an Grundschulen – Eine Idee breitet sich aus“ gibt der Paritätische Gesamtverband voraussichtlich im November eine Dokumentation heraus. Sie enthält auch Kontaktadressen von Landesarbeitgemeinschaften und bundesweiten Zusammenschlüssen, die über Landes-, Träger- und Verbandsgrenzen hinweg einen fachlichen Austausch zum Thema Schulsozialarbeit führen. Die Dokumentation kann angefordert werden per E-Mail an jsa-schule@paritaet.org.

Unter dem Motto „Stark für Bildung und soziale Gerechtigkeit“ findet am 30. November und 1. Dezember 2012 in Hannover der Bundeskongress Schulsozialarbeit statt: www.bundeskongress-schulsozialarbeit.de.

in der Zusammenarbeit mit Eltern, der Vernetzung im Sozialraum und der interkulturellen Moderation beschäftigten. In einer Diskussionsrunde zeigte sich zudem, dass neben strukturellen und fachlichen Aspekten sowie Trägerkonzepten bei der Gestaltung des Profils von Schulsozialarbeit auch der Persönlichkeit der Fachkräfte eine große Bedeutung zukommt. Die eine baue vielleicht lieber zuerst ein Schülercafé auf, während der andere sich mehr darauf konzentriere, einzelnen Schülern „auf die Füße zu helfen“. UB

Humanitäre Hilfe für Opfer des Syrien-Konflikts

Die andauernde Gewalt zwischen Rebellen und den Truppen von Syriens Präsident Baschar al-Assad bringt für weite Teile der Zivilbevölkerung des Landes großes Leid. Viele Menschen fliehen – vor allem in die Nachbarländer Jordanien und Libanon. Humanitäre Hilfe leisten dort auch Mitgliedsorganisationen des Bündnisses Aktion Deutschland Hilft, von denen mehrere dem Paritätischen angehören. Im Vordergrund stehen die Versorgung der Flüchtlinge mit Wasser, Nahrungs- und Hygienemitteln.

Das Hammer Forum übernimmt darüber hinaus in Deutschland die medizinische Behandlung von Kindern, die wegen der Schwere ihrer Verletzung oder Erkrankung vor Ort nicht angemessen versorgt werden können. Die Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners planen traumapädagogische Hilfen für Kinder und Jugendliche in Syrien.

Für diese und weitere Hilfsmaßnahmen bittet die Aktion Deutschland Hilft um Spenden: www.aktion-deutschland-hilft.de.

Schülerwettbewerb „andersARTig gedenken“

„andersARTig gedenken!“ Unter dieser Überschrift sind Schüler/-innen der Klassen 9 bis 13 zu einem Ideenwettbewerb für ein Denkmal für die NS-„Euthanasie“-Opfer aufgerufen. Fünf Preise im Wert von insgesamt 6.500 Euro werden vergeben. Zudem werden für fünf Vertreter/-innen der

ausgezeichneten Schulklassen die Reise- und Aufenthaltskosten zur Preisverleihung am 26. Januar 2013 in Berlin übernommen. Denkmalentwürfe können bis zum 30. November 2012 eingereicht werden. Ausführliche Informationen finden Interessierte unter www.andersartig-gedenken.de.

Erlebnispädagogik

Von März bis November 2013 bieten die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt und Eisbär e. V. eine berufsbegleitende Fortbildung in Erlebnispädagogik an. Im Mittelpunkt steht die direkte und praxisbezogene Anwendung der erlebnispädagogischen Methode in allen Bereichen der Pädagogik, der Sozialarbeit und der Erwachsenenbildung.

Nähere Informationen finden Interessierte auf www.jugendbildung.org. Kontakt: Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel.: 07033/5269-0, E-Mail: info@jugendbildung.org.

Altenpflege-Messe

Vom 9. bis 11. April 2013 findet die ALTENPFLEGE in Nürnberg statt. Das Angebot der rund 700 Aussteller in den Messehallen reicht von Produkten und Dienstleistungen für Pflege, Therapie und Raumeinrichtung über Küche, Hauswirtschaft und Ernährung bis hin zu Verwaltung, Informations- und Kommunikationstechnik.

Die Messe richtet sich hauptsächlich an Fach- und Leitungskräfte, die in stationärer und ambulanter Pflege, Kliniken, therapeutischen Einrichtungen und betreuten Wohnprojekten tätig sind. Mehr Infos gibt es im Internet auf der Seite www.altenpflege-messe.de.

Kurz gemeldet

akzept e. V. veranstaltet in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin und der Deutschen AIDS-Hilfe am Mittwoch, 12. Dezember 2012, in Berlin die 3. Nationale Substitutionskonferenz. Im GLS Sprachenzentrum in der Kastanienallee 82, 10435 Berlin, sollen kurz- und mittelfristige Handlungsnotwendigkeiten vor dem Hintergrund langfristiger Behandlungsperspektiven von suchtkranken Menschen herausgearbeitet werden. Auf www.akzept.org steht das Programm. akzept e. V. ist der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik.

*

Unter dem Titel „Anerkennung und Teilhabe – Kind – Familie – Lebenswelten in der Frühförderung“ veranstaltet die Vereinigung für Interdisziplinäre Frühförderung e. V. – IFF ihr 17. Symposium Frühförderung. Es findet vom 28. Februar bis 2. März 2013 an der Pädagogischen Hochschule in Reutlingen statt. Nähere Informationen gibt es auf www.fruehfoerderung-viff.de.

*

Die fachliche Weiterentwicklung und finanzielle Steuerung der Hilfen zur Erziehung stehen im Mittelpunkt einer Fachtagung am Montag, 19. November 2012, in Berlin. Veranstalter ist der AFET, Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. Veranstaltungsort ist das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung, Caroline-Michaelis-Str. 110719 Berlin. Das Tagungsprogramm finden Interessierte auf der Internetseite www.afet-ev.de.

*

Die Fachgruppe Integrierte Erziehungshilfen der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) veranstaltet vom 11. bis 13. März 2013 ihr 7. Bundestreffen. Es bietet Gelegenheit zum Fachaustausch und zur konzeptionellen Diskussion für Beschäftigte aus Einrichtungen, Diensten und Projekten, die integrierte, flexible und sozialräumlich organisierte Erziehungshilfen anbieten.

Nähere Informationen für Interessierte gibt es auf der Webpräsenz der IGfH unter www.igfh.de.

... jetzt schon an Weihnachten denken

Eine kleine Kapelle bei Elmau inmitten der winterlichen Landschaft von Oberbayern ist das schmucke Motiv auf der diesjährigen Weihnachtsmarke des Sozialwerks Wohlfahrtsmarken. Stimmungsvoll in Szene gesetzt hat sie passend zur Vorweihnachtszeit der Grafiker Carsten Wolff. Ein wunderschöner Hingucker für die Weihnachtspost, der auch noch einem guten Zweck dient: Der Erlös, der durch den Verkauf der Zuschlagsmarken er-



zielt wird, kommt sozialen Zwecken zugute. Die Marken mit dem Portowert 55 + 25 Cent für den Standardbrief gibt es erstmals selbstklebend im 10er-Marken-Set. Auch die üblichen 10er-Markenhefte sind weiter erhältlich. Die neue Weihnachtsmarke gibt es ab 2. November 2012. Bestellt werden kann sie auch schon zuvor: beim Wohlfahrtsmarken-Vertrieb des Paritätischen Gesamtverbands unter der Bestell-Hotline 0800/9645324 (kostenfrei) oder per Fax unter 030/24636-460. Per E-Mail ist die Bestellung unter folgender Adresse möglich: wohlfahrtsmarken@paritaet.org. Auf www.wohlfahrtsmarken.paritaet.org gibt auch einen Online-Shop. Die Marken werden versandkostenfrei an Werktagen binnen 24 Stunden zugesandt.

Schräge Reihe: Inklusive Erwachsenenbildung

In der „schrägen Reihe“ der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung ist jetzt Band 10 mit dem Titel „Inklusive Erwachsenenbildung“ erschienen. Darin geht es unter anderem um die Kooperation zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Behindertenhilfe. Das Buch kostet 12 Euro. Es kann bestellt werden unter der Rufnummer 030/49907060 oder per E-Mail an bestellung@geseb.de. Es ist aber auch im Buchhandel erhältlich.



Fotografin Conny Wenk verleiht mit ihren Fotos von Kindern mit Down-Syndrom der Überzeugung Ausdruck, dass dieses „gewisse Extra“ keine Last ist, sondern dass außergewöhnliche Menschen unser Leben bereichern.

Wie Stiftungen den sozialen Zusammenhalt stärken

Der StiftungsReport des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen für 2012/2013 stellt das vielfältige Engagement von Stiftungen für ein funktionierendes Gemeinwesen dar. Der Report zeigt, wie Stiftungen der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und sich für Generationengerechtigkeit und gegen Politikverdrossenheit einsetzen. Interessierte können den kostenlosen Stiftungs-Report entweder online lesen oder eine Druckversion bestellen auf www.stiftungen.org unter „Publikationen“.

A little extra

Im Neufeld-Verlag ist jetzt der neue Wandkalender „A little Extra“ für 2013 erschienen. Ihn zieren wunderschöne Fotos von außergewöhnlichen Kindern und Jugendlichen, die über ein Chromosom mehr verfügen als die meisten Menschen: Sie haben das Down-Syndrom. Fotografin Conny Wenk, selbst Mutter einer Tochter mit Down Syndrom, will mit diesen Fotos zeigen: Das Leben mit Kindern bringt eine Menge Lebensfreude, Leichtigkeit, Glück und Liebe. Egal, ob mit einem Chromosom mehr oder weniger. Der Kalender kostet 14,90 Euro. Weitere Infos gibt es auf www.neufeld-verlag.de.

Film zum Schwerpunktthema Arbeit

Abschluss oder Absturz

Eine sehenswerte Filmreihe zum Thema Jugendarbeitslosigkeit und Jobperspektiven hat das Medienprojekt Wuppertal e.V. unter dem Titel „Abschluss oder Absturz“ produziert. Auf zwei DVDs mit insgesamt 255 Minuten Spielzeit kommen in Kurzfilmen Jugendliche und junge Erwachsene zu Wort, die an berufsbegleitenden Maßnahmen oder einem Werkstattjahr teilnehmen, einen Schulabschluss nachholen oder in einer Maßnahme des Jobcenters für Unter-25-Jährige nach einer passenden Arbeits- oder Ausbildungsstelle suchen. Die jungen Männer und Frauen schildern sehr authentisch ihre Lebenswege, ihren schulischen Werdegang und die Probleme bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle. Häufig pendelnd zwischen Resignation und Hoffnung suchen sie nicht nur nach einer Arbeit mit Perspektive, sondern häufig auch nach einem Platz in der Gesellschaft, von der sich viele von ihnen aufgrund ihrer schwierigen Lebensumstände an den Rand gedrängt fühlen. Nähere Infos gibt es auf www.medienprojekt-wuppertal.de unter „Shop“ und „Neueste Filme“.

Impressum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 0 30/2 46 36-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

E-Mail: nachrichten@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424

Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Titelbilder: Gerlinde Geffers, BAFF Frauen-Kooperation gGmbH, Gina Sanders/Fotolia, auremar/Fotolia, Alexey Klementiev/Fotolia

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Günter Woltering

Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Sachsen: Beate Hennig, Tel.: 0351/4916612

Thüringen: Stefan Werner,

Tel.: 036202/26-231.

Für Aufsätze und Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Die Redaktion behält sich Kürzungen von Leserbriefen vor. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion,

Anzeigenverwaltung und Vertrieb:

Der Paritätische – Gesamtverband,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft, Mainz,
Kto-Nr. 70 39 500 (BLZ 550 205 00)

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main

ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 10047-1209-1003



Schnell, sparsam, zuverlässig. Eben der ideale Mitarbeiter.

Für den harten und anspruchsvollen Arbeitsalltag im Pflege- und Wohlfahrtsbereich braucht man einfach die besten Mitarbeiter. Da trifft es sich gut, dass der Ford Ka schon dreimal in Folge seine Einsatzbereitschaft als „Firmenauto der Jahres“ unter Beweis stellen konnte*. Lassen auch Sie sich überzeugen. Weitere Informationen bei Ihrem teilnehmenden Ford Partner vor Ort oder unter 0800 8040804-6**.

FORD KA

ford.de/firmenkunden



Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach VO (EC) 715/2007): 5,8–4,9 (innerorts), 4,4–3,7 (außerorts), 4,9–4,1 (kombiniert). CO₂-Emissionen (kombiniert): 115–109 g/km. Abbildung zeigt Wunschausstattung gegen Mehrpreis. * FIRMENAUTO Heft 08/2011: „Firmenauto des Jahres“ 2009/2010/2011 in der Kategorie „Minicars“. ** Kostenfrei aus dem deutschen Fest- und Mobilfunknetz.



Eine Idee weiter